

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 214.

Freitag, den 13. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Blockade.

Die Hochfinanz hat die letzten „nationalen“ Reichstagswahlen mit ihrem Golde gespeist. Sie hat den Ausfall von Anfang an als den gerechten Ertrag ihrer Geldauswendungen betrachtet, für die der Fürst Bülow selbst den Kassierer spielte. Es war deshalb nur folgerichtig, daß die nationalen Heulen auf der Berliner Börse, die vereidigten wie die Pfuschkäcker, die Millionäre der Großbanken, wie die kleinen Tobber, das Wahlergebnis mit einem dreimaligen „Hurra“ begrüßten. Es war ein Glück, daß die Wahlen nicht anders ausgefallen sind, sonst hätte der große Börsensaal in Berlin das erschütternde Schauspiel eines dreimaligen „Waih“ erleben müssen.

Die Blockpolitik, die Fürst Bülow darauf einleitete, entsprang ebenfalls keinem anderen Wunsch, als das bei den Wahlen so opferwillige Großkapital zu politisieren. Die Börse hatte sich als zuverlässigste, dankbarste und dabei schmiegsamste Schutzgarde der Hohenzollern erwiesen, und so war es nur natürlich, daß man sie, nachdem man die allzu übermütig gewordenen edlen Herren der Kirche zur Seite gestossen hatte, als Ersatz heranzog. Hatte man bisher mit der toten Hand des Klerikalismus gearbeitet, so nahm man jetzt die umso beweglichere Hand des Börsenkapitalismus in Anspruch. Zugleich wünschte man durch die Mobilisierung der Börsenherren, welche die Führung im Freisinn haben, auch die Agrarier auf der äußersten Rechten ein wenig zu ducken.

Der als Freisinn verkleidete Börsenkapitalismus hatte nur einen Herzenswunsch, nur eine ehrliche gemeinte Forderung an die Regierung des Fürsten Bülow: eine Börsenreform, welche die Unternehmungskraft der Gründer und Spekulanten nach Möglichkeit von jenen Fesseln befreite, die ihnen der alte klerikal-konservative Block auferlegt hatte. Deshalb allein beförderte der Freisinn die Blockpolitik und deshalb hat er auch die preussische Wahlrechtsfrage an die Junkerregierung des Fürsten Bülow schmählich verraten.

In Nordern ist nun der Blocksoid für den Börsenfreisinn ausbezahlt worden, oder doch die Auszahlung in nächster Zukunft als sicher versprochen worden. Der Börsenfreisinn hat nicht umsonst nach dem nationalen Siege der Reichstagswahlen „Hurra“ geschrien, er hat den Blocksoid empfangen. Nach einer Mitteilung des „Tag“ hat die Novelle zum Börsegesetz nunmehr das Vorstadium der Beratung durchlaufen und dürfte schon in der nächsten Zeit dem Bundesrat zugehen. Es verlaute, daß die Novelle in manchen Punkten den sehr engen Rahmen überschreiten wird, der in den beiden früheren vom Reichstag unerledigt gelassenen Vorlagen vorgesehen worden war, ohne daß auch jetzt alle Wünsche der Börsenkreise auf Berücksichtigung zu rechnen haben dürften. Wenn auch bis weit in die Reihen in den konservativen Parteien und des Zentrums die Erkenntnis gedrungen ist, daß die deutschen Börsen im Hinblick auf ihre politische Bedeutung von den schlimmsten Hemmungen des Börsegesetzes wieder befreit werden müssen, so haben doch andererseits auf der Rechten des gegenwärtigen Reichstages auch die grundsätzlichen börsenfeindlichen Elemente gegen früher eine erhebliche Verstärkung erfahren. Damit müssen die verbündeten Regierungen natürlich rechnen, wenn sie die geplanten Reformen nicht von vornherein der Gefahr des Scheiterns aussetzen wollen. Soweit als irgend tunlich, sind sie aber bereit den Wünschen der deutschen Börsenkreise entgegenzukommen.

Man sieht, auch die Herren der Börse erhalten nur das „Erreichbare“. Aber es ist sicher, daß sie im Grunde alles erreichen werden, was sie sich ernstlich gewünscht haben. Nachdem man den Agrariern mit den Sollen den Mund gestopft hat, nachdem man der Großindustrie durch die Riesenaufträge von Heer und Flotte, durch die Austrocknung der Sozialpolitik, durch die politische Rechtlosigkeit des Proletariats alle möglichen Dienste erwiesen hat, gewährt man jetzt dem Dritten im Blockbunde, den Handelskapitalisten, das was sie am meisten brauchen: Die Freiheit ihres Treibens. Um dieser Freiheit finanziellen Auslebens willen hat das deutsche Bürgerturn den Kampf um politische Freiheit aufgegeben. Das Geschäft hat die Politik erwürgt, da die Politik zum Geschäft geworden ist. Was liegt den „entschieden liberalen“ Börsenleuten an dem preussischen Wahlrecht? Gewiß! Auch auf diesem Gebiete werden sie eine Reform erhalten, die ihre gesellschaftliche Stellung im Junkerparlament etwas günstiger gestaltet, als bisher. Aber die Hauptsache ist doch Elbogensfreiheit für das Geschäft!

Die Blockpolitik ist die Organisation aller Zweige des Kapitals, sie ist die Zusammenschweißung der oberen

zehntausend des Besitzes aller Waffengattungen. Das Neue ist lediglich, daß nun auch die bisher stiefmütterlich behandelte Börse als gleichberechtigt in den Bund der Ausbeuter und Expreser aufgenommen worden ist. Die Hochfinanz ist politisch in den Adelsstand erhoben worden, und zu den Land- und Schlotjunkern gesellen sich nun die Kupon- und Kurszettelfunker. Die nationale Einheit ist gewahrt, — nun kann man versuchen, mit vereinten Kräften niederzureiten. Die andern reiten und die Börse zahlt!

Die Sozialdemokratie wird dieser Politisierung des Börsenkapitals eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen und es wäre sehr notwendig, in der Behandlung der Börsenreformfrage einmal grundsätzlich das Wesen und Treiben der großen Geldmonopolisten zu erörtern. Die Sozialdemokratie kann sich unmöglich für eine Börsenreform begeistern, die als Preis für die Unterdrückung aller politischen und sozialen Reformen bezahlt worden ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der entgegenkommende Bülow.

Ein ganz ungewöhnliches Entgegenkommen zeigt Deutschland in der Marokkofrage. Es hat eine Viertel Million Mark Vorschuß für die in Casablanca geschädigten Deutschen zur Verfügung gestellt.

Freisinnige gegen die Klapperbeinigen.

Der Freisinnige Verein der Halleischen Vorbezirke zu Berlin hielt am Montag eine öffentliche Versammlung ab. Schriftsteller Franz Mathes sprach über „Die Blockpolitik“. Er beleuchtete die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu der Frage der Einführung des Reichstagswahlrechts auch für die Einzellandtage und kam zu dem Schlusse, daß die Freisinnige Volkspartei unter allen Umständen auf der Forderung um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Preußen bestehen müsse. Nachdem in der Diskussion Hg. Kreiling die Lage im Abgeordnetenhaus erörtert hatte, wurde schließlich einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Der Freisinnige Verein der Halleischen Vorbezirke erklärt die Reform des preussischen Wahlrechts im Sinne des Ebnacher Programms für die wichtigste und dringendste Aufgabe der Gegenwart. Er ersucht daher den bevorstehenden Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, unsere Abgeordneten zu veranlassen, daß dieselben, ohne Rücksicht auf die Blockpolitik, die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch für die Landtagswahlen von der Regierung verlangen.“

Während so die Freisinnigen der Halleischen Vorbezirke vom Parteitag eine entschiedene prinzipielle freisinnige Stellungnahme erwarten, selbst auf die Gefahr hin, daß der famose Block dabei in die Brüche geht, sprach sich Herr Müller-Sagan im freisinnigen Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis für den Ruhhandel und Wahlrechtsverrat aus. Er sagte unter anderem:

Wenn wir von der Reichsregierung fordern, daß sie liberale Wege wandle, so tun wir dies in der Überzeugung, daß nur auf diese Weise Deutschlands Zukunft sicher gestellt werden kann. Was in bezug auf das Landtagswahlrecht zu fordern sei, sei im Ebnacher Programm niedergelegt. Das Ziel siehe fest, darüber könne innerhalb der Freisinnigen Volkspartei keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Auch über die Stellung zur Blockpolitik könne kein Zweifel herrschen: die gegebenen Verhältnisse seien auszunutzen, um möglichst viele liberale Forderungen durchzusetzen. Wir werden, so sagte Redner, die Reichsregierung unterstützen, wo sie sich in freisinnigen Bahnen bewegt, wir werden aber oppositionell sein, wenn die Reichsregierung wieder reaktionäre Wege wandeln sollte. Bei allen anderen Forderungen lassen wir nicht das Parteinteresse, sondern das Interesse der Allgemeinheit sprechen.

Man darf sich durch den Hinweis auf das Ziel nicht irre machen lassen. Das Hauptakzent liegt auf der Bemerkung, daß die gegebenen Verhältnisse auszunutzen seien, um möglichst viele liberale Forderungen durchzusetzen. Das heißt so viele, als innerhalb des Blocks möglich sind. Und da Konservative und Regierung nicht für das Reichstagswahlrecht zu haben sind, will man das Ziel eben „Ziel“ sein lassen und sich mit der von Bülow gebotenen Flickreform begnügen!

Die Freisinnigen der Halleischen Vorbezirke sind gleich den Hirsch-Dunkerschen anderer Meinung. Sie wollen den Schacher unter allen Umständen verworfen sehen.

Hoffentlich bringen sie diesen Standpunkt bei der freisinnigen Generalversammlung mit dem nötigen Nachdruck zur Geltung. Sonst würde man die Heineschen Verse zitieren müssen:

„Ei du Halleischer Löwentrog,
Wie hat man dich gezähmet!“

Das Brot wird noch teurer.

Das Steigen der Getreidepreise fängt an, bedrückend zu werden. Die schlechte Witterung sowie ungünstige Schätzungen über den Ernteertrag haben an den Getreidemärkten eine Stimmung geschaffen, die die Preistreiber überaus begünstigt. Noch im Januar dieses Jahres standen Roggen und Weizen niedriger als im Jahre 1906. Der Februar war dann der erste Monat, von dem ab das laufende Jahr höhere Preise zeigt als das Vorjahr. Viel rascher und erheblicher als der Preis des Weizens ist der Roggenpreis in die Höhe gegangen. Er stellte sich im Großhandel Berlins für die Tonne auf 171,98 im Februar 1907 gegen 163,76 1906 und 140,85 im Februar 1905. Im März trat nochmals eine kleine Ermäßigung ein; von da ab ging der Preis unangeseht und im Mai sogar stürmisch in die Höhe. Der Tonnenpreis stellt sich für Roggen in den Monaten

	März	April	Mai	Juni	Juli
1905	139,84	141,88	151,80	152,14	153,78
1906	161,07	162,66	161,54	157,52	155,36
1907	170,34	175,88	199,89	203,24	205,05

Im Juli 1907 stand also der Roggenpreis um fast 30 Prozent höher als im Juli 1906!

Nicht ganz so stark, aber doch ebenfalls ungewöhnlich kräftig ist der Weizenpreis, und zwar ohne Unterbrechung von Januar ab, gestiegen. Doch blieb der Grad der Steigerung hinter der Steigerung des Roggenpreises zurück. Mit 179,33 Mark pro Tonne setzte im Großhandel Berlins der Januarpreis ein und stieg bis auf 208,74 Mark im Juli, während 1906 in der nämlichen Periode der Preis unter Schwankungen von 182,52 Mk. auf 181,69 Mk. zurückgegangen war. Gegen 1906 beträgt die Sukzessionssteigerung rund 15 Proz., also die Hälfte der Roggensteigerung.

Aus der Bewegung der Mehlpreise kann man einigermaßen entnehmen, wie die Getreidepreisteigerung auf den Konsum weiterwirkt. Denn den Mehlpreisen folgen ziemlich rasch die Brotpreise. Da ergibt sich nun für Roggenmehl, daß die Preise zwar gleichfalls überaus stark gestiegen sind, daß aber der Grad der Steigerung von 1906 auf 1907 noch nicht so beträchtlich war wie beim Getreide, ja daß sogar im Juni und Juli wieder ein Rückgang eingetreten ist, nachdem der Mai eine besonders starke Erhöhung des Roggenpreises gebracht hatte.

Im Januar kostete der Doppelzentner Mehl 21,69 Mark, im April 23,33, im Mai 26,23 und im Juli 25,90. Gegen Juli 1906 war der Mehlpreis um 25 Prozent gestiegen, während beim Getreide die Steigerung 30 Proz. betragen hatte.

Ungünstiger stellt sich die Bewegung des Mehlpreises dagegen bei Weizen. Hier ist die Steigerung fast genau so erheblich wie beim Getreide; sie beträgt 15 Prozent. Im Januar stellte sich der Weizenpreis pro Doppelzentner auf 24,50 Mark, im Juni dagegen auf 28 Mark. Der Juli brachte wieder eine Ermäßigung um 50 Pfennig. Betrachten wir noch die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis, so stellte sich für den Doppelzentner berechnet in den einzelnen Monaten des Jahres 1907 wie folgt in Mark:

	Januar	März	Mai	Juni	Juli
Bei Roggen . . .	5,33	5,57	6,34	5,79	5,40
„ Weizen . . .	6,57	6,39	7,61	7,46	6,63

Auch hieraus geht hervor, daß die Mehlpreise der Haupte am Getreidemarkte noch nicht in vollem Umfang gefolgt sind. Die Spannung erreichte bei Roggen und Weizen ihren Höhepunkt im Mai, um dann wieder auf eine ähnliche Differenz wie im Januar zurückzugehen.

Immerhin aber kann heute schon mit Bestimmtheit gesagt werden, daß die Brotpreise in der nächsten Zeit einen Höhepunkt erreichen werden, wie wir ihn seit langer Zeit nicht zu verzeichnen hatten. Da kann das arbeitende Volk dann den Hungerriemen noch enger schnallen und sich trösten mit dem Gedanken, daß die heutige Weltordnung eine angeblich von Gott gewollte ist!

Wahlmännerwahlen in Sachsen.

Die am Mittwoch vollzogenen Wahlmännerwahlen der dritten Klasse haben in einigen Wahlkreisen unseren Genossen Erfolge gebracht. Im zweiten Leipziger Landtagswahlkreis wurden 2362 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und 40 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Die Nationalliberalen erhielten nur 1390 Stimmen und vier Wahlmänner. Im Landtagswahlkreis Leipzig IV wurden

5452 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und alle 72 Wahlmännermandate der dritten Klasse von der Sozialdemokratie erobert. Die Nationalliberalen erzielten nur 2149 Stimmen und erhielten keinen Wahlmann. Die Wahlbeteiligung betrug 60 bis 80 Proz. der Wahlberechtigten.

In Dresden wählte im ersten Wahlkreise die dritte Klasse 22 nationalliberale und 4 sozialdemokratische Wahlmänner. Im zweiten und dritten Wahlkreise sind nur Sozialdemokraten (78 bzw. 83) gewählt worden.

Auch in Chemnitz wurden im zweiten städtischen Wahlkreise bei 50 Proz. Beteiligung sämtliche 70 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt.

Diese Erfolge in der dritten Klasse beweisen natürlich noch nichts für den schließlichen Ausgang der Wahlen. Dieser hängt vom Ausfall der Wahlen in der zweiten und ersten Klasse ab, in denen für unsere Genossen wenig Aussicht ist, die Mehrheit zu erlangen.

Ein Blockbruder, der nichts bei sich behalten kann

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt:

Nach einem Berichte der Deutschen Tageszeitung hat Generalleutnant v. Liebert auf dem Alldeutschen Verbandstage in Wiesbaden zur Begründung energischer Maßregeln in der Außenpolitik erklärt: „In der Politik müsse Macht vor Recht gehen.“ Angenommen, daß der Bericht getreu ist, so muß als sehr zweifelhaft hingestellt werden, ob Herr v. Liebert mit diesem Ausspruch der von ihm vertretenen Sache gedient hat. Wer soll durch ein solches Kraftwort denn eigentlich gewonnen werden? Man kann sich kaum einen Politiker denken, der dadurch hinübergezogen wird, wohl aber viele, die vor den Kopf geklopft werden oder eine solche Waffe für die Gegenpartei sich wünschen. Der Ausspruch in seiner Allgemeinheit erscheint in sich als vollkommen unsinnig. Man kann sich kaum etwas Unwahrscheinlicheres denken, als das Wort: „Macht geht vor Recht“ wie eine politische Maxime aufzustellen und in die Öffentlichkeit hinauszuschleudern. Ob Herr v. Liebert das Wort wirklich gesprochen hat, wissen wir nicht aus eigener Kenntnis; der genannte agrarische Zeitung bezw. ihrem Berichterstatter muß einweilen die Verantwortung übertragen werden. Sollte sich aber der Bericht bewahrheiten, so würde sich der Eindruck erheben, daß Herr v. Liebert die nötige Besonnenheit und Umsicht fehlt, um schwerwiegende politische Aktionen zu fördern. Wenn Herr v. Liebert sich solche Erklärungen leisten, so würde untrüglicherweise die Mitarbeit gerade ihm parteipolitisch nahestehernder Gruppen an den bevorstehenden politischen Aufgaben nicht unerheblich erschwert werden.

Eine halbe Unschuld, diese „Nationalliberale Korrespondenz“! Als ob sie nicht wüßte, daß der Satz Lieberts zum einen Bestand jeder kapitalistischen Politik gehört, ob sie nun Kolonialpolitik, Außenpolitik oder Arbeiterpolitik heißt. Und daß die Nationalliberalen haben den schönen Grundgedanken immer bewegten und freudigen Herzens in die Tat umgesetzt. Von ältlichen Sünden, über die schon eine Säule Gras gewachsen ist, wie ihre Haltung zum Sozialismus, ganz zu schweigen! Aber wer verfährt gerade in der politischen Frage brutalere Maßregeln als die Nationalliberalen? Wer hat neben der Spitze Lieberts nicht den Feind und seinen Feind, die demselben schönen Grundgedanken entgegengebracht, inbrünstiger zugegriffen als die Nationalliberalen? Wer hat neben dem konservativen Klugheit am Dreikönigswahlrecht in Preußen und Sachsen, der Verkörperung des: „Macht geht vor Recht“ zügellos als die Nationalliberalen? Und so fort. Und nun kommen dieselben Leuten und wollen dem Mann, der öffentlich verkündet, was auch ihr Wappenspruch ist, einen Vorwurf machen auf den Vorwurf geben!

Aber man begreift, daß es ihnen unangenehm ist, solche Maximen öffentlich verkündet zu hören. So etwas tut man, aber man sagt es nicht. Und deshalb, weil er ein Schreckenskind ist, das gern aus der Schule plaudert, wird der Reichsverbandspräsident des Nationalliberalen allgemein zum unerwünschten Blockbruder: er verdirbt die Agitation! Man weiß sehr wohl, wer widerhört wird, der von Seiten des Reichsverbandes, der nun blutiger denn je seinen Feind politisch zu zerschlagen will, oder die nationalliberalen Feinde, die darüber die Augen verdrehen und ein Kreuz schlagen!

Wie wirken die Handelsverträge und der neue Zolltarif?

Diese Frage ist bekanntlich sehr umstritten. Die Freunde der agrarischen Handelsverträge hören aus dem Munde, daß das Schutzzolltarif herbeiführt mit einer Epoche ihrer unerschöpflichen Ertragssteigerung präsumiert, die Beschäftigung, die schmerzlichen Wunden, die von den Gegnern des agrarischen Zolltarifs verursacht werden, als Hungerpforten dazwischen. So wird in einer Periode schmerzlichen Ertragssteigerung stehen, die durch die geschickte Einigung aller Völker für die Weltwirtschaft ihr höchstes Niveau werden muß, wird sich das Bild ganz anders gestalten. Ein Mann werden die schmerzlichen Wunden und zur Heilung kommen. Dieser Punkt es für zureichende Erklärungen auf diesem Gebiete durch den französischen Journalisten. Ein Mann schreibt die Zusammenfassung für Vorbereitung von Handelsverträgen:

Sehr großer Unterschied muß sich in erster Linie auf die handelspolitischen Materialien zeigen. Die Zahlen der Ein- und Ausfuhr nach dem 1. März 1906 sind mit denen vor diesem Datum zu vergleichen; insbesondere muß man die Gesamtergebnisse, indem man die Zahlen für alle europäischen Länder. Die Vergleichung zeigt, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1906 ein neues Ausmaß der Exporte zu beobachten kommt, was in beträchtlichem Umfange auch nach anderen, unvollständigen Berechnungen möglich. Private Kreise können diese Berechnungen aber kaum zu nicht anstellen, weil sie das für die Gestaltung der Zahlen entscheidende Element nicht in Händen haben und deshalb nicht mit Sicherheit übersehen können, aus welchen Spezialzweigen sich eine ungewöhnliche Gesamtsumme zusammensetzt. Die einzige Stelle, von der die Zahlen bekannt werden können, ist das amtliche Amt für Handelsstatistik. Hier kann man die genaue Zusammenfassung und Berechnung aller europäischen Portionen und ist in der Lage, das gleichzeitige einander gegenüberstellen zu können. Die Arbeit erweist aber einen so beträchtlichen Fortschritt an Zeit, daß sie nur dem für die letzten Berichte zur Verfügung stehenden Personal ungenügend geleistet werden kann. Es ist deshalb auch

durchaus nicht verwunderlich, wenn den bisher erschienenen statistischen Nachweisungen solche Berechnungen zur Herbeiführung der Vergleichbarkeit mit den früheren Jahren nicht beigelegt sind. Es wird der Bewilligung besonderer Mittel bedürfen, um dies umfangreiche, praktisch hochbedeutende Werk in Angriff nehmen zu können. Das sollte aber möglichst bald geschehen, denn schon heute macht sich die mangelnde Vergleichbarkeit nicht nur für wirtschaftspolitische Erörterungen, sondern auch für geschäftliche Zwecke sehr übel bemerkbar. Es läßt sich unmöglich annehmen, daß die Reichsregierung die Inangriffnahme einer solchen Arbeit nicht schon aus eigener Initiative in Aussicht genommen haben sollte. Sie selbst hat für alle weiteren handelspolitischen Entschlüsse dieses Material dringend nötig.

Pulver und Dynamit.

Die Produktion der wenig harmlosen internationalen „Gebrauchsartikel“ Pulver und Dynamit wird ebenso wie ihr Absatz und ihre Preis-Bestimmung durch Trusts, Kartelle und Ringe geregelt. Die nationalen Grenzen existieren für Pulver und Dynamit längst nicht mehr, die Betriebe, die sie fabrizieren, sind zum Teil international verbunden, zum Teil bestehen Vereinbarungen über gegenseitige Beteiligung am Aktienkapital und gegenseitige Gewinn- und Verlustbeteiligung, die denselben Zweck ohne die äußerlich erkennbare Vereinigung ebenso wirksam erfüllen. Die innige Verflechtung des an der Pulver- und Dynamitfabrikation interessierten Kapitals ist schon an dem regen Austausch der Aufsichtsratsmitglieder zwischen den einzelnen Gesellschaften erkennbar.

Nach einer Aufstellung, die Dr. Richard Passow in seinem jüngst erschienenen Buche „Die wirtschaftliche Bedeutung und Organisation der Aktiengesellschaft“ gibt, ist der Vorsitzende des deutschen Kartells zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Munitionsfabriken, ferner Mitglied des Aufsichtsrats der Dynamitfabrik in Köln, der Pulverfabrik Linval Aktiengesellschaft in Hamburg, der russischen Gesellschaft für Pulverfabrikation in Petersburg, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, ferner Mitglied des Aufsichtsrats der Dynamit-Aktien-Gesellschaft vormals Alfred Nobel u. Co. in Hamburg, der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G., des Board Nobel Dynamite Trust Company in London und der British South African Explosives Co. in London. Der Generaldirektor der Dynamit A.-G. vorm. Alfred Nobel u. Co. in Hamburg ist gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrats der Vereinigten Köln-Kölnweiler Pulverfabriken, der Sprengstoff A.-G. Carlsberg in Hamburg, der Sprengstoffgesellschaft Kosmos in Hamburg, der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G., des Board der Nobel Dynamite Co. in London.

Das sind nur die Hauptvertreter der noch viel größeren internationalen Kapitalverflechtung; der geschlossene Ring ist bomben- und granatenreicher, ihn sprengt kein Eisenerz und kein Dynamit. Die Herren vom Kapital aber fertigen in einer Hand die Sprengmittel an, die ihre „lieben Landsleute“ aller Farben und Fahnen zur Ausrottung gegeneinander anwenden. Das Volk gibt ihnen das Geld dazu.

Rußland.

Pogrom in Kischinew. In Kischinew fand nach übereinstimmenden Meldungen verschiedener Zeitungen aus Braila (Rumänien) ein furchtbarer Pogrom statt, bei dem sich die löblichen Behörden wieder einmal völlig passiv verhielten! Die „B. Z.“ bringt folgenden Drahtbericht über das Kischinewer Blutbad: „Eine Bande von Hooligans griff das jüdische Viertel an und plünderte alle Häuser und Geschäfte. Die Juden wurden von der Volksmenge schwer mißhandelt und gefoltert. Besonders die jüdischen Frauen wurden mit großer Grausamkeit behandelt; viele wurden gepeitscht, vielen aber erging es noch schlimmer. Die Ruhestörer fanden auch ein Vergnügen daran, Kinder zu verletzen. Viele Juden versuchten, sich mit Waffen zu verteidigen, wurden aber durch die Angreifer überwältigt. Der angelegte Schaden im jüdischen Viertel ist sehr groß. Die Unruhen dauerten viele Stunden und dürften noch kein Ende gefunden haben. Bisher wurde festgestellt, daß acht Juden getötet worden sind. Die Zahl der Verletzten ist sehr groß, konnte aber noch nicht genau festgestellt werden. Bemerkenswert ist, daß die Behörden gänzlich passiv blieben und nicht den geringsten Versuch machten, die Unruhen zu unterdrücken. Viele Einwohner sind aus der Stadt geflüchtet, um Sicherheit in Rumänien zu suchen. Durch diese Flüchtlinge sind die Vorgänge in Kischinew bekannt geworden.“ — Offiziell wird in einem Telegramm aus Kischinew der Pogrom gemeldet; es herrsche völlige Ruhe. Nach dem Bericht aus Dnestra weiß man, was auf solche Verheerungen zu geben ist.

Finnland.

Sitzungen der Sozialdemokratie. Die Erhaltung der Arbeiterbewegung in Finnland veranlaßt die finnische Sozialdemokratie, ihre „Freiheitsliebe“ an den Regeln zu hängen. Parallel mit der verschärflichen Tendenz zum „Doppelrad“, der das herrliche Finnland zerreißt, wächst in den bürgerlichen Kreisen die Unversöhnlichkeit in Bezug auf die Sozialdemokratie. Für kurzem sah sich die finnische Sozialdemokratie genötigt, eine Reihe Parteimittingen zu organisieren, weil die Absicht vorhanden war, den sozialdemokratischen Eisenbahnerverband, der 7000 Mitglieder zählt, abzusprengen zu schließen. Parallel mit dem fernstehenden Verhalten gegen die aktiven Gewerkschaften wuchsen die Forderungen der sozialdemokratischen Presse. Wie die Zeitung „Tyo“ berichtet, wurden im August letzten folgenden sozialdemokratischen Sitzungen anberaumt: „Helsingfors“ — 400 Mk. und 150 Mk. Gehühren, „Tampere“ — 300 Mk., „Sozialist“ — 250 Mk. und 140 Mk. Gehühren, „Arbeiter“ — 3 Monate Gehührenschaft dem Redakteur und 50 Mk. Gehühren, „Sozialist“ — 2 Monate und 10 Tage Gehührenschaft dem Redakteur und 150 Mk. Gehühren, und endlich „Tyo“ — 200 Mk. und 100 Mk. Gehühren. Im ganzen im Laufe eines Monats: 5 Monate 10 Tage Gehührenschaft, 1200 Mk. Strafe und 790 Mk. Gerichtsgebühren!

Marokko.
Ein Erfolg der Franzosen. Die „Agence Havas“ meldet aus Casablanca vom 11. September: General Drude kündigte gestern Abend 6 Uhr seine Absicht, Laddert anzugreifen, an. Heute früh 6 Uhr brach die erste Kolonne auf und erreichte um 7 Uhr das Gehöft Alvarez. Hier überraschte sie die marokkanischen Vorposten und machte sie nieder, bevor sie Alarm schlagen konnten. Die zweite Kolonne mit Drude und dem Stabe brach um 7 Uhr bei dichtem Nebel auf und vereinigte sich mit der ersten, worauf beide in gleichbleibendem Abstand den Marsch fortsetzten. Um 8 Uhr wurde Halt gemacht. Die Artillerie eröffnete ein heftiges Feuer auf das Lager, in dem sie große Verwüstungen anrichtete. Die Infanterie nahm den Marsch gegen die marokkanischen Abteilungen auf, die von allen Seiten Zugang erhielten, und warf sie von Hügelkette zu Hügelkette. Die Artillerie nahm bald eine Stellung ein, die das ganze Feld beherrschte und feuerte ununterbrochen bis mittags, so daß das Lager und seine Umgebung unhaltbar wurden. Die Infanterie rückte um 9 Uhr vormittags in Laddert ein. Die Artillerie vernichtete lange Züge von Feinden, die wertvolle Gegenstände mit sich führten. Die Truppen bezogen um 3 Uhr nachmittags wieder das Lager, nachdem sie unausgesetzt Herren des Geländes gewesen waren.

Wie dem Reuterischen Bureau aus Casablanca vom 11. September gemeldet wird, marschierten die Franzosen um 6 Uhr morgens in zwei Kolonnen ab, jede zu sechs Kompanien mit zwei Batterien Feldartillerie, vier Gebirgsgeschützen, zwei Mitrailleusen und der gesamten Kavallerie unter dem Kommando des Generals Drude. Nach einigen Zusammenstößen mit den Arabern, die in nur geringer Stärke auftraten, bewegten sich die Franzosen unaufhaltsam, jeden Widerstand mit dem Bajonett aus dem Wege räumend, gegen Laddert vor, bis ihnen der Ort in Sicht kam. Nach einer kurzen Beschießung der arabischen Zelte wurde die Infanterie gegen das Lager vorgeschickt. Der Feind floh unter Zurücklassung der Gefallenen. Das Lager wurde vollständig verbrannt. Die Franzosen kehrten mit geringen Verlusten nach Casablanca zurück.

Bei dem Vorstoß gegen Laddert machte sich General Drude den herrschenden Nebel, sowie die Vorteile, die das Terrain bot, zu Nutze, um Laddert zu überraschen. Der Feind wurde zerstreut und auf der Flucht fortgesetzt von den Geschützen, sowie von dem Kreuzer „Gloire“, der sehr wirksam mit eingriff, beschossen. Die französischen Verluste betragen einen Toten und zehn Verwundete.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 13. September.

Die Distriktsführer werden ersucht, die Karten zur Laßfallfeier an Genossen Jäger am Donnerstag im Vereinshaus abzuliefern.

Eine gutbesuchte öffentliche Volksversammlung, die gestern Abend im Vereinshaus tagte, beschäftigte sich mit der geplanten Aufhebung der Freischulen in der Stadt Lübeck. Redakteur Paul Löwig hatte das Referat übernommen. In dreiviertelstündiger Rede führte der Vortragende etwa folgendes aus: Es ist eine Angelegenheit von besonderer Wichtigkeit, die uns heute beschäftigen wird, nämlich die Aufhebung der Freischulen. Am 3. April d. J. wurde dem Bürgerausschuß ein Senatsdekret vorgelegt, in dem beantragt wurde,

1. daß der erste Absatz des Art. 42 des Unterrichtsgesetzes vom 17. Oktober 1885 die Fassung erhalte:
Das Schulgeld wird nach Maßgabe der Steuerkraft der Eltern schulpflichtiger Kinder unter Freilassung der unteren Steuerstufen durch Rat- und Bürgerbeschluß festgesetzt.
und daß der Art. 43 d. J. d. B. aufgehoben werde;
2. daß für die Volksschulen einheitlich an Schulgeld erhoben werde bei einem Steuereinkommen:
von über 900 Mk. bis 1200 Mk. jährlich 8 Mk.
" " 1200 " " 1500 " " 12 " " " " 1500 " " 1800 " " 18 " " " " 1800 " " 2400 " " 24 " " " " 2400 " " 30 "

Dieser Senatsantrag zeichnet sich, wie die meisten vom Senat eingebrachten Vorlagen, durch eine äußerst dürftige Begründung aus. Man will jedenfalls bei den Ausgaben des Staates sparen, und da die Mehrausgaben für Rente und Festen ständig im Wachsen begriffen sind, so liegt es anscheinend am nächsten, die uns wichtigsten Staatsausgaben, zu denen zweifellos die Schulen gehören, zu sparen. Natürlich ist es nicht die höheren Unterrichtsanstalten, bei denen Sparsamkeit walten soll. Im Gegenteil! Dieselben werden mit einem Luxus ausgestattet, für den absolut kein vernünftiger Grund vorliegt. Aber die Volksschule hat es den Herren ganz besonders angetan. Man wird sich noch erinnern, daß vor nicht langer Zeit, um die Kosten für einen Volksschulbau herabzumindern, die Klassenhöhe herabgesetzt wurde. Dadurch ist selbstverständlich der Luftstrom, der auf jeden Schüler und auf jede Schülerin kommt, nicht unerheblich kleiner geworden, als das sonst der Fall gewesen wäre. Jetzt ist man drauf und dran, die erst im Jahre 1885 beschlossenen Freischulen aufzuheben um aus den Volksschulen erhebliche Einnahmen zu schaffen. Man plant für den Besuch der Volksschulen ein Schulgeld zu erheben, das nach dem Einkommen der Eltern der Schüler zu bemessen wäre. Der Senatsantrag sieht vor, daß bereits bei einem Einkommen von 900 Mk. ein Schulgeld von 8 Mk. jährlich gezahlt werden soll. Das scheint auf den ersten Blick nur eine geringe Summe zu sein; für denjenigen, der davon betroffen wird, ist sie jedoch schon erheblich, zumal wenn derselbe mehrere Kinder in die Schule zu schicken hat. Darüber hat sich der Senat jedoch anscheinend leichtem Vergessen hinweggesetzt. Auch die Leute mit einem Einkommen von mehr als 900 Mk. die für den Volksschulbesuch ein höheres Schulgeld ausgeben sollen, sind durchaus nicht auf Kosten gebietet. Nur uns als Sozialdemokraten kommt aber die prinzipielle Seite der Frage ganz besonders in Betracht. Wir erheben in unserem Bürgerausschuhwahlprogramm in bezug auf die Schulen folgende Forderungen:

Konfessionlose Schulen. Einheitslichkeit der Schule mit obligatorischem Besuch. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erscheinen. Verpflegung bedürftiger Kinder in Schulkantinen. Errichtung von Schulküchen in sämtlichen Schulen. Schulerzieher zur ärztlichen Beaufsichtigung der Schüler, Schulen und Schulanrichtungen. Ferienkassen

für kränkliche und schwächliche Kinder. Obligatorischer Besuch der Fortbildungsschulen. Unentgeltliche Erteilung des Fortbildungunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit.

Daraus ergibt sich schon ohne weiteres, daß wir einer Vorlage, die reaktionär und volksfeindlich ist, und die zugleich dazu dienen soll, die Schule zu einer Finanzquelle, d. h. Einnahmequelle für den Staat zu machen, schroff absehend gegenüberstehen. Auch die wenigen in der Bürgererschaft vertretenen freisinnigen Volksparteiler werden sich gegen die Senatsvorlage aussprechen müssen, wenn sie sich auf den Boden eines entsprechenden, zu ihrem diesjährigen Parteitag gestellten Antrages stellen. Wenn wir zu einer ablehnenden Beurteilung des Antrages des Senates kommen, so ist es vielleicht nicht uninteressant, zu erfahren, daß wir uns in dieser unserer Haltung sogar auf die Stellungnahme der Lübecker Bürgererschaft stützen können. Allerdings ist die Zeit, wo die Bürgererschaft fortschrittlich gesinnt war, bereits längst entschwunden. Es war zu Beginn der achtziger Jahre, als die Bürgererschaft sich mit der Änderung des Unterrichtsgesetzes und Aufhebung der Armenschulen zu beschäftigen hatte. Die Bürgererschaft setzte damals eine Kommission ein, die im Jahre 1882 Bericht erstattete. In diesem Bericht heißt es u. a. „Daraus, daß der Staat von jedem seiner Angehörigen ein gewisses Maß von Kenntnissen fordert und aus diesem Grunde auch den Schulzwang eingeführt hat, ergibt sich eigentlich für ihn die Verpflichtung, nun auch die Möglichkeit, die verlangte Bildung zu erlangen, gratis zu gewähren. Indem er aber Schulgeld erhebt, legt er ferner eine Steuer auf, deren Verteilung kaum ungleichmäßiger gedacht werden kann, indem die Unverheirateten und Kinderlosen von ihr garnicht betroffen werden, dagegen diejenigen am meisten, auf welchen die Erhaltung einer zahlreichen Familie schon überhaupt schwer lastet. Dazu kommt, daß ihre Erhebung zu zahllosen Weitläufigkeiten, ja selbst zu Härten Veranlassung gibt und oftmals mit solchen Schwierigkeiten und Umständen verbunden ist, daß der geringe Ertrag gar nicht als Äquivalent angesehen werden kann. In manchen Orten, z. B. in Berlin, ja selbst in mehreren unserer ländlichen Schulgemeinden, ist daher gänzlich vom Schulgeld (selbstverständlich in den Elementarschulen) abgesehen. Endlich legt der Umstand, daß durch die neuere Zollgesetzgebung die Preise der Lebensmittel wesentlich erhöht sind, dem Staate die bereits im Reichstage anerkannte Verpflichtung auf, für eine Verminderung der übrigen Steuern zu sorgen, zumal ihm die Überschüsse der Zollerträge in erhöhtem Maße zugute kommen. Da Lübeck nur geringe direkte Steuern erhebt, kann jenes schwerlich angemessener geschehen, als durch Freigebung des Elementarunterrichts. Hierdurch wird gerade für diejenigen Volksschichten, welche durch die indirekten, auf die notwendigen Lebensmittel gelegten Steuern am meisten bedrückt werden, eine bedeutende Erleichterung geschaffen. Es erscheint daher als eine durchaus empfehlenswerte Maßregel, das Schulgeld in den Volksschulen aufzuheben, dafür aber die Armenschulen eingehen zu lassen und ihre Zöglinge in die Freischulen zu verweisen.“ Im Jahre 1885 hatte sich die Bürgererschaft wieder mit der Sache zu beschäftigen. Ihr lag auch ein Bericht der Oberschulbehörde vor, in welchem erhebliche, leider nicht genannte Bedenken, gegen die völlige Unentgeltlichkeit der Volksschule ausgesprochen wurden. Immerhin hielt selbst die Oberschulbehörde ein Bedürfnis für Freischulen für vorliegend und wünschte die Einrichtung einzelner dieser Institute. Sie verlangte ferner für die Freischulen die tüchtigsten Lehrkräfte, damit auch die unter unglücklichen häuslichen Verhältnissen lebenden Schüler das Lehrziel erreichen könnten. Noch eines ist interessant aus den Verhandlungen unseres Parlaments zur Schullehre. Bei dem Beschluß der Bürgererschaft, in Lübeck Freischulen einzurichten, verlangte Dr. Peacock ausdrücklich, daß allen Eltern das Recht zustehen sollte, ihre Kinder in die Freischulen zu schicken. Dieser Antrag, der angenommen wurde, ist nämlich von Wichtigkeit für die Beurteilung des Berichtes der Kommission des Bürgerausschusses, an welche die gegenwärtige Vorlage verwiesen war. Aus den eben angeführten Tatsachen ersieht man, daß in den achtziger Jahren die Bürgererschaft sich prinzipiell für Freischulen erklärt hat. Die jetzige Stellungnahme des Senates und des Bürgerausschusses bedeutet somit einen offensichtlichen Rückschritt. Die Senatsvorlage, welche die Unterlage für den heutigen Vortrag bildet, ist nun vom Bürgerausschuß an eine Kommission verwiesen worden und dort in einer gewissen Weise verbessert resp. gemildert worden. Wenigstens sollen die Einkommen bis 1200 Mk. vom Schulgeld befreit bleiben. Dafür ist aber auch die niedrigste Schulgeldstufe auf 16 Mk. jährlich erhöht worden. Das ist eine drückende Last für einen Familienvater bei den gegenwärtig teuren Preisen aller Lebensbedürfnisse. Man kann hierbei dem Kommissionsbericht von 1882 voll und ganz zustimmen. Sehr sonderbar berührt es, daß man, wenn man schon Schulgeld nach Steuerstufen erheben will, nicht auch für die höheren Schulen ein Schulgeld nach Steuerstufen verlangt. Soweit geht jedoch anscheinend der Gerechtigkeitssinn unserer gesetzgebenden Körperschaften nicht. Nimmeht sie vielleicht die Frage von Wichtigkeit: Sind denn die Ausgaben für die Volksschulen in Lübeck wirklich so hoch, daß eine Änderung zum Schlechteren notwendig war? Der Staatszuschuß betrug für die Volksschulen mit 10807 Schülern im Jahre 1906 552 675,44 Mk., das sind etwa 55 Mk. pro Kopf; für die Schüler des Katharineums, 551 an der Zahl, wurden 175 229,89 Mk. Staatszuschuß gezahlt; das sind pro Kopf etwa 320 Mk. Unter solchen Umständen ist das Bedürfnis nach Herabsetzung der Ausgaben für Volksschulen nicht nachgewiesen. Wie steht es nun anderorts? Lübeck würde mit der Einrichtung unentgeltlicher Volksschulen durchaus nicht allein stehen. Wir sind aus München, Stuttgart und Hessen Zuschriften zugegangen, aus denen hervorgeht, daß dort die unentgeltliche Volksschule in ausgedehntem Maße eingeführt ist. Redner bittet um Annahme folgender Resolution:

Die am Donnerstag, den 12. September im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52, tagende öffentliche Volksversammlung erhebt auf das entschiedenste Protest gegen die geplante Aufhebung der Freischulen in der Stadt Lübeck. Die Anwesenden sehen in dieser Maßnahme einen Rückschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, der in keiner Weise begründet ist. Da eine gute Schulbildung für jeden Staatsbürger und nicht in letzter Linie auch für den Staat von erheblichem Nutzen ist, so fordert die Versammlung den weiteren Ausbau des Volksschulunterrichts, der überall unentgeltlich zu erteilen ist. Die Mittel für den Schulunterricht sind durch eine stärkere Besteuerung der großen Einkommen aufzubringen.

Was zur Begründung der Resolution zu sagen war, ist bereits ausgeführt worden. Leider wird aber der Protest, den diese Versammlung gegen die Senatsvorlage einlegt, nicht dazu ausreichen, um die Vorlage in der Bürgererschaft zu Fall zu bringen. Durch ein Wahlrecht, das auch von dieser Stelle als Wahlrecht zu kennzeichnen ist, ist es dem Volke unmöglich gemacht, die nötige Anzahl geeigneter Vertreter in die Bürgererschaft zu entsenden. Die „Ertzklaffen“, die keine Abnung von dem Empfinden des Volkes haben, beschließen über die Erziehung der Kinder der „Zweit-

klassigen“ und legen den ärmeren Schichten unserer Bevölkerung Lasten auf, die sie nicht tragen können. Darum muß auch bei der bevorstehenden Bürgerchaftswahl mit dem Stimmzettel in der Hand gegen die geplante Aufhebung der Freischulen protestiert werden, indem man solche Vertreter wählt, die auch gewillt sind, für das Wohl des Volkes einzutreten, nämlich Sozialdemokraten. Noch ein erhebliches Bedenken gegen die Senatsvorlage, das ich beinahe zu erwähnen vergessen hätte, ist die Absicht der Behörde, die Klassen durch Umschulung zu füllen. Wir sind der Meinung, daß die Anzahl der Schüler, welche ein Volksschullehrer zu unterrichten hat, möglichst klein sein muß, gerade weil schon die häuslichen Verhältnisse des Schülers den Unterricht sehr erschweren. Das muß hier ausgesprochen werden. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der „General-Anzeiger“ in einer Besprechung der Senatsvorlage diejenigen Eltern als unehrenhaft bezeichnete, die ihre Kinder in die Freischulen schicken, obwohl sie in der Lage wären, Schulgeld zu zahlen. Gegen eine derartige Beschimpfung muß entschieden protestiert werden. Alle Eltern haben das ausdrückliche gewährleistete Recht, ihre Kinder die Freischulen besuchen zu lassen. Zu bedauern ist es auch, daß die Bürgerausschußkommission sich die Argumentation des „G. A.“ zu eigen gemacht hat, indem sie von einem Mißbrauch spricht, der mit dem Besuch der Freischulen getrieben worden sei. Nachdem der Referent kurz die Stellungnahme Schulmerrichs und Hempels gestreift hatte, ersuchte er nochmals um Annahme der von ihm vorgeschlagenen Resolution zum Protest gegen die Aufhebung der Freischulen. (Beifall.) In der Diskussion sprachen noch die Genossen Wissell und Kauptert gegen die Senatsvorlage. Nach einem Schlußwort des Referenten gelangte die vorgeschlagene Resolution gegen zwei Stimmen zur Annahme.

Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner letzten Sitzung zunächst für den Neubau eines Stalles auf dem Stadtquartier Roggenhorst die Summe von 2300 Mk. abzüglich 759,50 Mk. Brandentschädigung. Als nächster Punkt kam ein die Bauentwicklung Travemündes betreffender Senatsantrag zur Beratung. Es war früher zum Ausdruck gekommen, daß in der Bauentwicklung Travemündes, namentlich in bezug auf Logierhäuser, ein Stillstand eingetreten sei, sodaß die vorhandenen Wohnungen der Nachfrage nicht genügen. Der Bürgerausschuß nahm einen dahingehenden Senatsantrag an, von der verlängerten Kofe in Travemünde nach dem Gelände der Villentolonie Neu-Travemünde, westlich vom Bahnhofsplatz, eine Straße zu bauen und das zum Bau dieser Straße erforderliche, sowie das an ihr gelegene als Baugelände in Frage kommende Areal, soweit es nicht bereits im Eigentum des Staates steht, teils freihändig, teils im Wege der Enteignung zu erwerben. Das Finanzdepartement wurde beauftragt, den Verkauf von Bauplänen aus diesem Terrain vorzunehmen. Beschlossen wurde, anlässlich der Jahreshundertsfeier des Seminars aus dessen Vermögen ein Kapital von 10 000 Mk. auszugeben, das zu einem zu begründenden Stipendienfonds geschlagen werden und dessen Zinsen dazu bestimmt sein sollen, befähigten jungen Leuten, die sich dem Lehrerberuf widmen wollen, den Besuch des Seminars zu erleichtern. — Bei dem Bau der neuen Hauptfeuerwehr, deren Baukosten auf 251 000 Mk. veranschlagt waren, sind Überschreitungen in Höhe von 8 51,77 Mk. vorgekommen. Die Summe wurde nachbewilligt. Die rasche Entwicklung der Vorstadt St. Lorenz macht schon wieder den Neubau eines Doppel-Volksschulhauses erforderlich. Der Staat hat von der Handelskammer hierfür einen Platz an der verlängerten Proceßstraße für 13 470 Mark gekauft. Der Senat beantragte nun weiter, daß der Baudirektion zum Bau des Schulhauses die Summe von 400 000 Mk. zur Verfügung gestellt werde, ferner 19 400 Mk. zur anbaufähigen Herstellung der benachbarten Straßen. Der Bürgerausschuß beschloß einige Abänderungen der Vorlage nach dem Inhalte der zur Vorberatung eingelegten Kommission. Beschlossen wurde noch die Errichtung eines Denksteins für den verstorbenen Stadtgärtner Langenbuch und die Bewilligung von 1000 Mk. zur Errichtung einer eisenernen Säule für die Vornahme von magnetischen Messungen. In eine Kommission, bestehend aus den Herren Freitag, Mühlham, Dr. Mischel, Dr. Baerthe und Oldenburg wurden verwiesen die Anträge betr. Erhöhung des Gehaltes eines Feigungsingenieurs, die Neuregelung des Gehaltes des Stadtgärtners, sowie des Friedhofsaufsehers auf dem Allgemeinen Gottesacker und die Umwandlung der Stelle des Vorwerker Friedhofsaufsehers in die eines Friedhofsvorwalters.

Das neue Warenhaus von Leo Leibholz & Co. ist gestern nachmittag eröffnet worden. Der mächtige Bau, an der verkehrsreichen Holstenstraße gelegen, macht bereits durch seine architektonisch wirkungsvolle Fassade einen imponierenden Eindruck. Die Verkaufsräume sind auf das zweckmäßigste eingerichtet, ebenso die Räume, die für das zahlreiche Personal geschaffen worden sind. Besonders hübsch ist der große elliptenförmige Lichtofen angelegt. Ein Gang durch das neue Warenhaus, zu dessen Weisung die Vertreter der Presse gestern vormittag eingeladen waren, zeigte, daß Lübeck um ein Geschäftshaus bereichert worden ist, das mit dazu beitragen wird, unserer Stadt einen großstädtischen Charakter zu verleihen. An die Besichtigung schloß sich ein opulentes Frühstück an, bei welchem auch die üblichen Reden nicht fehlten.

pb. Schaufensterdiebstahl. In der Nacht vom 10. zum 11. ds. Mts. sind 2 Schaufenster mit Photographien, die an einem Haupte der Sandstraße befestigt waren, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Festgenommen wurde ein am Hochofenwert beschäftigter Arbeiter, der sich in einer hiesigen Wirtschaft eine Flasche Cognac rechtswidrig angeeignet.

Stadthallentheater. Aus der Theater-Kanzlei schreibt man uns: Morgen findet die vorletzte Vorstellung der Sommerspielzeit statt, welche noch eine vollständige Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg., bringt. Wie bereits berichtet, kommt mit vollem Orchester die lustige Operette „Robert und Bertram“ zur Aufführung. Bei der Abchieds-Doppel-Vorstellung am Sonntag wird Frau Direktor Piorkowski noch einmal auftreten und die Titelrolle in Suppes Operette „Die schöne Galathee“, singen; hierauf folgt die Gesangsposse „Der Stabstumpeter“, in der sich das gesamte Personal verabschiedet; diese Vorstellung, wozu Billens bereits zu haben sind, beginnt um 7 Uhr.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: Die morgige letzte vollständige Vorstellung bringt eine Wiederholung von Hermann Sudermanns: „Die Schmetterlings-Schachtel“. Jeder Platz kostet 50 Pfg. Mit Sonntag findet die Spielzeit ihren Abschluß; als letzte Doppel-Vorstellung sind die Lustspiele von D. Blumenthal und G. Kadelburg: „Auf der Sonnenseite“ und „Zum Einsiedler“ von Benno Jacobson, auszuführen. Es wird sich gewiß niemand die Gelegenheit entgehen lassen, der letzten Vorstellung beizuwohnen, ein äußerst heiterer Abend steht in Aussicht.

Entin. Brandstiftung. Ein „Monarch“ war aus einem Langloal in Rosau ausgewiesen worden, weil er betrunkener war. Aus Rache legte er an drei verschiedenen Häusern Feuer, nämlich an das Gishaus, an die Scheune des Pastors

Wienting und an die des Lehrers. Das Gishaus und die Scheune des Pastors brannten nieder, des Feuers in der Later wurde in das hiesige Landesgefängnis eingeliefert.

Hamburg. Die Isolierer Hamburgs haben Anfang September an die Unternehmer die Aufforderung gerichtet, eine Regulierung ihres Lohns vorzunehmen und erwünschten bis zum 14. September Antwort. Trotzdem nun also noch gar nicht ausgefaktet ist, ob überhaupt ein Ausstand stattfinden wird, haben einzelne Herren es schon für notwendig erachtet, auf die Suche nach Arbeitswilligen zu gehen. Alle Isolierer mögen ihre Aufmerksamkeit auf diese Sache lenken.

Schwann. Bei einem Feuer auf dem Gehöft Nr. 8 zu Groß-Bölkow sind verbrannt 20 Kühe, 3 Kälber und 30 Schweine, ferner mehrere landwirtschaftliche Maschinen, sowie die erst kürzlich eingebrachten Vorräte an Klee und Heu. Der Brandstiftung verdächtig ist ein alter Kuhfütterer, der sich aus seinem Dienst entfernt hat. — Als am Mittwoch vormittag die Leute des Fronerebesizers das bei dem Feuer auf dem Gehöft Nr. 8 in Groß-Bölkow verbrannte Vieh abholen wollten, stießen sie beim Zusammenführen der Tierkadaver auf die Leiche des alten Kuhfütterers, der, wie berichtet, auf dem Gehöft bedienstet gewesen war. Die Leiche lag unter den Trümmern des Stalles, dessen Dach während des Brandes zusammengeknirscht war.

Kiel. Die Baumaterialien-Sperre hat vorgestern morgen ihren Anfang genommen. Die Scharfmacher im Baugewerbe haben damit einen Teil ihrer Androhung zur Wahrheit gemacht. Die Folgen, die nicht nur Tausende gänzlich unbefähigter Arbeiter mit ihren Angehörigen treffen, sondern das ganze Erwerbs- und Geschäftsleben der Stadt schwer beeinträchtigen, kommen allein auf das Konto der Handvoll wirtschaftlicher Genialitäten, die ihre Berufskollegen in diesen gemeingefährlichen Streich hineingeht haben. — Die städtischen Arbeiter haben beschloffen, „sobald sie gerufen werden“, sich mit den Bauhandwerkern solidarisch zu erklären, und gemeinsam für die „Rechte der organisierten Arbeiterschaft“ einzutreten.

Lüb. Raubmord? Wie der „M. B.“ schreibt herrscht zur Zeit in Lübz und in der Umgegend von Passow große Aufregung, man vermutet, daß die Frau des Vorrichters Szplinski in Weisin ermordet und beraubt ist. Die Frau hat am Sonntag früh in Begleitung eines jungen Schnitters, namens Bode, Weisin verlassen, um ihren Mann, welcher auswärts arbeitet, zu besuchen. Sie soll etwa 140 Mk. Geld bei sich getragen haben. Nach 10 Uhr morgens ist der Bode allein aus dem Passower Gehöft gekommen und ist nach Lübz gegangen. Wie festgestellt ist, hat Bode vorher kein Geld gehabt, in Lübz hat er jedoch in verschiedenen Lokalen größere Beträge für Zechen bezahlt. Am Nachmittag ist B. mit dem 8 Uhr-Zug fortgefahren und soll, wie verlautet, nach Hamburg gereist sein. Mittwoch nachmittag traf die Staatsanwaltschaft ein und hat sowohl in Weisin als auch in Lübz Erhebungen angestellt. Gegenwärtig ist man eifrig mit dem Absuchen des Passower Gehöftes sowie der Umgegend beschäftigt.

Wittenburg. Lebendig verbrannt. Die 11jährige Tochter des Arbeiters Franz hatte am Mittwoch nachmittag die Petroleumlampe beim Feuerherd gebrannt. Man sah plötzlich das Kind in hellen Flammen nach dem Hof laufen. Durch schnelles Eingreifen der Nachbarkinder und des Hauswirts Becke gelang es zwar, die Flammen zu erlöschen, jedoch waren nicht nur die Kleider, sondern auch die Haut am ganzen Körper und im Gesicht, sowie das Kopshaar total verbrannt. Man schaffte das unglückliche Kind ins Haus. Angestellte ärztliche Versuche waren aber vergeblich, das Kind starb noch abends. Der Hausbesitzer hatte sich beim Rettungswert beide Hände schwer verbrannt, so daß auch er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

(Eingefandt)

Rothschiene eines Radfahrers.

Eine mindestens recht zweifelhafte Neuerung müssen die Radelnden von St. Lorenz-Ward über sich ergehen lassen. Kommt so ein Radfahrer, um über die „Fackelburgerbrücke“ (übrigens eine merkwürdige Wortverbindung) zur Stadt zu gelangen, so ertönt ihm in lieblicher Milde vom Schutzmännchen das „Rechts fahren!“ entgegen. Ob nun neuerdings den Schutzmännchen ein dahingehender Befehl wurde oder ob nur ein übereifer dieses Rechtsfahren erfunden, das soll nicht untersucht werden. Jedenfalls aber ist diese Maßnahme schnellstens zu beseitigen. Denn der Radfahrweg sowohl von der Schwartauer wie von der Fackelburger Allee befindet sich links vom Fahrdamm, ebenfalls die Strecke von der Fackelburgerbrücke bis zur Ruppenbrücke. Nun muß jeder Radfahrer zweimal die Straßenbahnlinien kreuzen, zweimal durch den lebhaften Wagenverkehr gendeln, nur um die hundert Schritte über die Brücke das vorchriftsmäßige Rechtsfahren einzuhalten. Und wie häufig sieht sich der Radelnde schon im Geiste von den zahlreich über die Brücke geleiteten Ochsen und anderen Rindviechern aufgespießt! Ganz abgesehen immer noch von dem reizenden Zustand der Fackelburgerbrücke! Wie sieht dies Dings bloß aus! Keinem Fußgänger mit hohen oder schiefen Absätzen möchte ich ein schnelles Überschreiten der Brücke raten. Hier ein tiefes Loch, dort ragt ein neuerer Flicker gigantisch empor! Und dann erst bei Regenwetter! Die ganze Brücke scheint sich in einen großen grauen Dreieck aufzulösen zu wollen, so wenigstens mutet diese graue Masse an. Nach Erklärungen in der Bürgererschaft sucht allerdings seit geraumer Zeit eine Kommission nach einem anderen Belag, denn eine Pflasterung kann die Brücke, weil zu schwach, nicht tragen. Hoffentlich aber findet man bald einen Ausweg. Jedenfalls sollte man praktischere Wege für diese kleine Strecke die Radfahrer vom Rechtsfahren entbinden, ja man sollte Fußwerk oder vielmehr dessen Führer anweisen, nicht zu scharf rechts zu fahren, damit die zahlreichen Radfahrer unbehelligt die andere Seite der Brücke erreichen können.

Ein Radler.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt

12. September.

Der Schweinehandel verlief flau. Zugeführt wurden 1400 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Perjandtschweine schwere 60—61 Mk., leichte — 60 Mk., Sauen 50—56 Mk. und Ferkel 56—59 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Böwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Salam, das Pfund Mk. 1.20.

Morgen, Sonnabend:

empfehle als besonders preiswert in ferniger Ware aus eigener Schlachtung:

Fetten Speck das Pfund 80 Pfg.
Mageren Speck das Pfund 90 Pfg.
Gleichzeitig in guter Qualität:	
Geräucherte Mettwurst I. das Pfund Mk. 1.10.
dto. II. das Pfund Mk. 0.90.
Cervelatwurst I. das Pfund Mk. 1.20.
dto. II. das Pfund Mk. 1.00.

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik

Angust Scheere.

Detail-Geschäfte:

Solltenstraße 19.
Fernsprecher Nr. 8972.
Mühlentstraße 20.
Fernsprecher Nr. 8975.

Breitestraße 41.
Fernsprecher Nr. 8974.
Süßstraße 22-24.
Fernsprecher Nr. 8977.

Sonnabend nachmittag von 4 Uhr an:

Gratis-Verteilung Lübecker Margarine „Hansa“

Fabrikgrundstück Nebenhofstraße 7, Ecke Lindenstraße.

P. P.

Bekanntlich ist die Lübecker Margarinefabrik „Hansa“ kürzlich in unsern Besitz übergegangen. Um nun dem geehrten Publikum Gelegenheit zu geben, sich von der äusserst vorzüglichen Qualität der von uns fabrizierten Lübecker Margarine zu überzeugen, geben wir Sonnabend, den 14. ds. Mts., nachmittags von 4 Uhr an, auf unserem Fabrikgrundstück — Nebenhofstrasse 7, Ecke Lindenstrasse — Gratisprobe unserer köstlichen Süßrahm-Margarine.

Hochachtungsvoll

Lübecker Margarinefabrik Hansa
H. Bollenhagen & Co.

Birnen für Wiederverkäufer.

Heute abend trifft eine volle Waggonladung Birnen, diverse Sorten, für mich ein und empfehle von morgen, Sonnabend, früh 6 Uhr ab Bahnstrang Gilgutschuppen (mit zentnerweise): Buerregris und andere gute Sorten 100 Pfund Mk. 6.—, gewöhnliche Sorten billiger. Extra großfallende, schön aussehende Eßbirnen 100 Pfund Mk. 8.—.

Detail-Verkauf, pfund- und faßweise nur Holstenstraße 6.

Fernsprecher
1734.

Karl Voss

nur
Holstenstr. 6.

Betten, Bettfedern
u. a. Betten-Artikel

haben Sie billig und reich bei

Otto Albers 10.

1. u. 2. Hauptstr. Lübeck von 12.50 Uhr an,
Sonn- u. Feiert. von 10 Uhr bis 4 Uhr.
OO Rote Rabatt-Marken. OO



Koksbries



(von westfälischem Hersteller)

für den Winterbedarf jetzt größere Quantitäten
vorrätig, empfiehlt billigt



Christian Gäde,

Kontor: Fischergrube 4.
Fernsprecher 242.



Soeben eingetroffen:

Lampen

enorm billig.

Rüchenslampen

35, 45, 50, 60 Pfg. an

Umlampen

von 65 Pfg. an.

Tischlampen

1.75, 2.00, 2.25, 2.60 bis 12.00 Mk.

Hängelampen

4.25, 4.50, 5.50, 7.50, 8.90 bis 20.00 Mk.

Nachtlampen

30, 40, 50, 110 Pfg.

Ampeln und Lampen

3.00, 3.50, 4.50, 5.50 Mk.

Petroleumlampen

2 Liter 48, 3 Liter 60 Pfg.

Riesen-Bazar

Pietro Cagna,

Breitestraße Schwartauer Allee

33. 13.

Rote Rabatt-Marken.

Zentral-Verband aller in der
Schmiederei beschäft. Personen.

Verammlung

am Sonnabend, 14. Sept.

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Kartellbericht.
2. Abrechnung vom Sommervergütigen.
3. Vereinsangelegenheiten.
4. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand

Gasthof Transvaal.

Am Sonntag, den 15. September:

Große Tanz-Musik

Robert Pinkert.

Hansa-Theater

Lübeck.

Heute

Freitag, den 13. September, zum

letzten Male:

Reservemann

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Morgen Sonnabend, den 14. Septbr.:

Première!

„Er geht los!“

Wilhelm-Theater.

Sonnabend, 8 Uhr. 99. Abonn.-Vorstell.

Letzte vollständige Vorstellung.

Jeder Platz 50 Pfg.

Hermann Sädemanns

Die Schmetterlingsschlacht.

Komödie in 4 Akten.

Sonntag, 7 Uhr. 100. Abonn.-Vorstellung

Große Doppel-Vorstellung.

Zum Einsiedler.

Lustspiel in 1 Akt von Jacobien.

Auf der Sonnenseite.

Lustspiel in 3 Akten von Blumenthal.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Ludwig Piorkowski.

Sonnabend, 8 Uhr. 86. Abonn.-Vorstell.

Jeder Platz 50 Pfg.

Mit vollem Orchester.

Robert und Bertram.

oder Die lustigen Bagabunden.

Gr. Poße mit Gesang u. Tanz 1 Akt u. 2 Akte.

Sonntag 7 Uhr.

Abchieds-Doppel-Vorst. zu eins. Preisen.

Auftreten von Frau Dir. Piorkowski.

Die schöne Galathee.

Operette in 1 Akt von Suppé.

Pierrot.

Der Stadtrumpeter.

Gr. Poße mit Gesang u. Tanz v. Mannstädt.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 214.

Freitag, den 13. September 1907.

14. Jahrg.

Soziales und Parteileben.

Bauarbeiterkampf in Braunschweig. Die von den Braunschweiger Unternehmern angebrohte und auch versuchte Bauarbeiterausperrung ist mißglückt; von 360 Gewerkschaftsmitgliedern wurden ganze 55 Mann ausgesperrt. Nun drehen die Bauarbeiter den Spieß um und legen am Dienstag einhellig die Arbeit nieder, um den Unternehmerverband zur Verhandlung zu veranlassen. Der Zuzug nach Braunschweig ist fernzuhalten.

Zur Bewegung der Metallarbeiter Königbergs. Die Direktion der Union-Wieberei hat nach mehrstündigen Verhandlungen die Forderungen der Dreher, Werkzeugschlosser und Hilfsarbeiter ohne Ausnahme bewilligt. Es ist ein schriftlicher Vertrag zu Stande gekommen. Damit ist die drohende Gefahr einer Aussperrung der Metallarbeiter Königbergs vorüber.

Zur Bergarbeiterbewegung in der Niederlausitz. Die Lage im Senftenberger Revier wird mit jedem Tage kritischer. Von den 28 in Frage kommenden Werken haben jetzt 22 Belegschaften den Verwaltungen die Kündigung überreicht. Auch gärt es seit kurzem unter der Arbeiterschaft des bekannten Eisenwerkes Lauchhammer. Die Entlohnung ist auch hier in Betracht der schweren und gefährlichen Arbeit miserabel und die Erbitterung deshalb begründet. Möglich, daß es auch auf diesem Werke noch zum Ausstand kommt. Als ein Danaergeschenk im schlimmsten Sinne des Wortes haben sich auch bei der Bergarbeiterbewegung wieder die „Wohlfahrtseinrichtungen“ in Gestalt der Werkwohnungen erwiesen. Anschläge folgender Art fordern überall zur Räumung derselben auf:

Bekanntmachung. Wer ohne Kündigung die Arbeit ordnungswidrig niederlegt, hat die ihm eingeräumte Wohnung binnen 3 Tagen — von heute ab gerechnet — bei Meldung sofortiger gerichtlicher Räumungsfrage zu verlassen; andernfalls wird für Nichträumung der Wohnung gerichtliche Schadenersatz verlangt werden. Die Verwaltung fordert ferner von den Streikenden Ersatz der ihr aus der widerrechtlichen Arbeitsniederlegung entstandenen und noch entstehenden Kosten. Die Verwaltung wird von vorstehenden Forderungen keinen Gebrauch machen gegen diejenigen ihrer Arbeiter, welche am Montag wieder die Arbeit aufnehmen.

Die von dem Arbeiterausschuß gestellten Forderungen muß die Verwaltung in Rücksicht auf die Verhältnisse zu ihrem Bedauern ablehnen.

Große Versammlungen der Bergarbeiter nahmen am Sonntag und Sonntag Stellung zu den angedrohten Ermittlungen; beschlossen wurde, es darauf ankommen zu lassen. Die Leitung der polnischen Berufsvereinigungen gab dem Drängen ihrer Mitglieder nach und empfahl auch ihrerseits die Arbeitsniederlegung. Die Unternehmer waren zu einer Sitzung in Senftenberg versammelt. In derselben scheint es zu einer Einigung nicht gekommen zu sein, wenigstens läßt die verschiedenartige Taktik der Werkverwaltungen einen Schluß darauf zu.

Die Lohnbewegung in der Anilinfabrik zu Ludwigshafen mußte abgebrochen werden. Trotz aller Versuche der Verbandsleitung war die Direktion dieses Riesenwerkes nicht dazu zu bewegen, in Unterhandlungen mit den Arbeitern einzutreten. Es entstand nun für den Verband die Frage: Soll zum äußersten Mittel, zum Streik gegriffen werden, um die Bewilligung der Forderungen zu erzwingen? Die Organisationsleiter kamen zu dem Entschluß, von einem Streik abzuraten, da die Sachlage für die Arbeiterschaft jetzt durchaus ungünstig sei. Die Fabrikleitung rechnet schon seit länger Zeit mit einem Streik und habe ihre Aufträge bis zum Dezember verhandlungsbereit liegen. In den Schwesterbetrieben in Berlin und Leberufsen ist die Arbeiterschaft noch schlecht organisiert, besonders aus Leberufsen sei zu erwarten, daß deren Arbeiter in großer Menge in Ludwigshafen Arbeitswilligendienste tun würden. Hinzu komme, daß nach der Ernte viele Saisonarbeiter bei einem Streik in die Fabrik gehen würden. Die Arbeiterschaft der Anilinfabrik selbst sei aber noch nicht diszipliniert, um einen längeren Kampf mit Erfolg wagen zu können. Erst seit einem Jahre hat die Organisation dort festen Fuß gefaßt, nun gelte es, sie auszubauen und schlagfertig zu machen. In drei Versammlungen sollte über den Abbruch der Lohnbewegung beschlossen werden. In der größten von ihnen referierte der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Wrenn-Hannover. Nach der Diskussion ließen sich einzelne Arbeiter zu Ermahnungen auf die Führer hinreißen. Zu einer Abstimmung über den Antrag auf Abbruch des Lohnkampfes konnte es infolge der lärmenden Proteste nicht kommen. Die anderen Versammlungen verliefen ruhiger, überall aber kam die Erbitterung darüber zum Ausdruck, daß nicht der Streik verkündet wurde. Die Erbitterung ist ja erklärlich, die Arbeiter werden sich bei ruhiger Überlegung aber sagen, daß ein unüberlegtes Drauflosstreifen keinen Wert hat.

Ein Streikidyll aus Weiskalen. Unser Bielefelder Parterblatt berichtet aus Rothenfelde: Aus Anlaß des Metallarbeiterausstandes in der hiesigen Blechwarenfabrik hat unser Ort ein ziemlich kriegerisches Aussehen bekommen. Am Freitag vergangener Woche sind hier 10 Gendarmen unter Führung eines Oberwachmeisters eingetroffen, so daß nun die bewaffnete Macht am Plage mit Zurechnung des Drüsigendarms aus 12 Mann besteht. Die Truppe ist von der Behörde zum Schutze der Arbeitswilligen herbeigeordnet worden. Die nützlichen Elemente haben aber bis jetzt noch auf sich warten lassen, obgleich in der Fabrik Küche und Logisräume für sie schon hergerichtet sind. Da die Streikenden den Gendarmen keine Arbeit verursachen, so genießen diese in aller Ruhe die wohltätige Wirkung unseres heilkräftigen Bades und preisen im Stillen die Gerechtigkeit ihrer Oberbehörde, die ihnen durch die Abkommandierung diese Erholung ermöglicht hat, denn dadurch ist manchem der anstrengende Dienst im bevorstehenden Winter erspart worden.

Der Vorstand des Verbandes der Lagerhalter gibt bekannt, daß er anläßlich einer Zuschrift des Sekretariats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in welcher angefragt wurde, ob er an der Forderung einer gleichen Bezahlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen und der Festlegung einer Umfangsgrenze festhalte, beschlossen habe, auf diesen Forderungen zu beharren. An diesem Beschluß nahm auch der Ausschuß teil. Mit diesem Beschluß sind die Tarifverhandlungen des Verbandes mit dem Zentralverband der Konsumvereine, soweit sie einen allgemeinen Tarif für die letzteren angehörenden Vereine betreffen, eingestellt.

Die Invalidenkarte als Urteilsbrief. Vor uns liegt das folgende vertrauliche Rundschreiben: Aachen, 28. August 1907. Das Baugewerbe zu Aachen und Umgegend.

An unsere Mitglieder!
Nach Mitteilung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe des Stadt- und Landkreises Krefeld sind daselbst seit dem 20. Juli dieses Jahres 542 Bauarbeiter ausständig. Wir ersuchen ergebenst, Arbeiter aus dem Krefelder Bezirk bis auf weiteres nicht einzustellen, und machen darauf aufmerksam, daß der Entwertungstempel der Invalidenkarte der in Krefeld streikenden Arbeiter mit der Nummer 41 versehen ist. Es wird höflich gebeten, auf diese Nummer genau zu achten und die Arbeiter mit solchen Karten nicht einzustellen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand

F. A. Heimr. J. Sieprath.

Die Scharfmacherpresse wird nicht müde, Polizei, Gericht und Gesehgebung gegen die organisierte Arbeiterchaft aufzuhehen, indem sie immerfort erkundene oder verdrehte Terrorismusepisoden produziert. Daß aber gerade von seiten des organisierten Ausbeutertums der krasseste Terrorismus verübt wird, dazu bedürfte es nicht erst des oben abgedruckten Beweises, der allerdings wohl das stärkste Stück ist, das sich Ausbeuter bisher geleistet haben. Denn daß von den Unternehmerorganisationen die Invalidenkarte in einer solchen systematischen Weise zur Brandmarkung ausständigiger Arbeiter benutzt worden wäre, ist bisher nicht bekannt geworden. Im übrigen wurden in letzter Zeit die Redaktionen der Arbeiterblätter mit ihnen von ausständigigen Unternehmern zugestellten Beweisen des Ausbeuterterrorismus geradezu überschwemmt. So gingen unserem Kölner Bruderblatt in den letzten Tagen drei schwarze Listen auf einmal zu. Die erste enthält die Namen der ausständigigen Former der Adelenhütte in Porz bei Köln, die zweite die Namen der streikenden Stenobäcker von Döhr bei Koblenz und die dritte die Namen von 941 Aachener Bauarbeitern, die das Unternehmertum selbst ausgesperrt hat. Das Ausbeutertum weiß, was es sich zum Hohne von Gesetz und Recht erlauben darf. Es weiß, daß die kaiserliche Drohung von der „schwersten Strafe dem, der einen andern an freiwilliger Arbeit hindert,“ nur für die Arbeiter Gültigkeit hat.

Vom Sajakarbeiterstreik in Antwerpen. Um den Gerüchten entgegenzutreten, die durch das Zirkular der Unternehmer verbreitet werden, als ob der Streik eine Einschränkung erfahren hätte, hat das Streikkomitee seinerseits ein Zirkular verteilen lassen, in dem dieser tendenziösen Nachricht energig entgegengetreten wird. Der Kampf, heißt es darin, wird fortgesetzt, und kein Arbeiter wird die Schande auf sich nehmen, seine Brüder zu verraten. Die Deutschen, die auf der „Bahia“ arbeiten sollten, haben die Arbeit verweigert. Auch ein Teil der englischen Verleger hat die Arbeit wieder verlassen, weil sie ihnen — zu schwer war. Die Unterstützungen fließen reichlich; so zeigen sich denn auf der ganzen Linie die besten Aussichten für die kämpfenden Docten. Die Vergleichsverhandlungen haben begonnen.

Vom englischen Trade-Union-Kongress. Aus den letzten Verhandlungen ist noch folgendes zu berichten: Eine lange und lebhaft debattierte Entscheidung über die Einigungsfrage. Wie bekannt, sieht die Arbeiterfraktion auf den Oppositionsbänken, während die liberalen Arbeiterabgeordneten zur Regierungspartei, das heißt zu den Liberalen gehören. Auf dem vorjährigen Kongress wurde eine Resolution angenommen, die eine Einigung der Arbeiterelemente empfahl. Im Laufe des Jahres fanden mehrere gemeinschaftliche Sitzungen statt, ohne indes die Einigungsresolution auszuführen zu können. Die liberalen Arbeiterabgeordneten verlangten, daß zur Arbeiterpartei nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zugelassen würden, das heißt: sie verlangten den Ausschluß der Sozialisten! — Die Arbeiterpartei lehnte diesen Vorschlag als undiskutabel ab und berief sich auf den Beschluß des Trade-Union-Kongresses vom Jahre 1899, auf Grund dessen die sozialistischen Organisationen eingeladen wurden, an der Bildung des Labour Representation Committee mitzuwirken. Die Vertreter der Arbeiterpartei erklärten, sie seien bereit, mit den liberalen Arbeiterabgeordneten zusammenzugehen, wenn diese sich verpflichteten, bei Wahlen den Arbeiterkandidaten nicht entgegenzutreten, auch wenn diese Kandidaten gegen die Liberalen austraten. Dieser Bedingung wollten die liberalen Arbeiterführer, die von der liberalen Partei ausgehalten werden, nicht zustimmen, und tatsächlich traten zwei liberale Arbeiterabgeordnete (Waddison und Vivian) im Wahlkreise Farrow zu gunsten des Liberalen und gegen Pete Curran auf. Das Parlamentarische Komitee des Trade-Union-Kongresses berichtete nun über den Mißerfolg und fügte hinzu, es werde sich auch fernerhin bemühen, die beiden Richtungen zu vereinigen. Nach einer erregten Debatte, an der die angesehensten Arbeiterführer teilnahmen, beschloß der Kongress, die Unterhandlungen zwischen der Arbeiterpartei und den liberalen Arbeiterabgeordneten fortzusetzen. Viel Aussicht auf Einigung ist nicht vorhanden, aber es ist wahrscheinlich sicher, daß im nächsten Parlament diese Unterhandlungen nicht mehr nötig sein werden, da von den 25 liberalen Arbeiterabgeordneten wohl nicht viele wiedergewählt werden. Eine lange lebhaft debattierte gab es auch über die Frage: Beschränkung der Macht des Oberhauses oder Abschaffung desselben. Der Kongress nahm einstimmig eine in unzweideutigen Worten abgefaßte Resolution an, die die Abschaffung der Lords verlangt und die liberale Regierung auffordert, keine Patres mehr zu machen. Der Kongress sprach ferner gegen jede Form von Militarismus aus, ohne indes die Angelegenheit ernster zu diskutieren. Die Resolution, betreffend Einführung von Schiedsgerichten nach neuseeländischem Muster wurde mit 1008 000 gegen 848 000 Stimmen abgelehnt. Fast einstimmig sprach sich der Kongress für die Verweltlichung des gesamten Schulwesens aus. Das Gehalt des Sekretärs des Trade-Union-Kongresses (Mr. Steadmann) ward von 250 auf 300 Pfund Sterling (6000 Mk.) erhöht. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die dem Sekretär des Trade-Union-Kongresses die Pflicht auferlegt, Mitglied der Arbeiterpartei zu sein. Diese Resolution kann aber erst bei Ernennung von Steadmanns Nachfolger zur Geltung gelangen.

Die Finanzen der Partei. Die soeben erschienene Broschüre, die als Vorlage für die Delegierten zum Essener Parteitag die Berichte des Parteivorstandes, der Vertrauensperson der Genossinnen und der Reichstagsfraktion vereinigt, gibt eine in dem in der Presse erschienenen Vorstandsbericht nicht enthaltene übersichtliche und sehr interessante Zusammenstellung der Parteibeiträge, die der Zentralkasse zufließen, nach den Landesteilen geordnet.

Die Tabelle A verzeichnet die Beiträge der Organisationen, nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstagswahlkreise geordnet. Danach sind eingegangen aus

Ostpreußen	616,80
Westpreußen	362,24
Brandenburg	153 274,18
darunter Groß-Berlin	150 000,—
Pommern	1 778,80
Posen	84,70
Schlesien	7 563,86
Sachsen (Provinz)	13 546,88
Schleswig-Holstein	20 613,76
Hannover	18 522,63
Westfalen	8 380,17
Hessen-Nassau	6 936,14
Rheinprovinz	15 518,93
Breußen insgesamt	246 599,09
Bayern	11 719,53
Sachsen (Königreich)	64 956,89
Württemberg	4 151,97
Baden	5 579,23
Hessen	4 562,25
Mecklenburg-Schwerin	400,—
Sachsen-Weimar	1 490,60
Sachsen-Altenburg	2 757,02
Braunschweig	2 287,61
Sachsen-Meiningen	496,92
Altenburg	1 932,74
Koburg-Gotha	977,93
Inhalt	494,54
Schwarzb.-Sonderhausen	53,46
Schwarzburg-Rudolstadt	274,40
Waldeck	10,20
Reuß alt. Linie	594,—
Reuß jüng. Linie	1 702,—
Thüringen	186,24
Lübeck	1 250,—
Bremen	7 600,64
Hamburg	101 525,97
Schles.-Holstein	392,48

Die Tabelle B führt die sonstigen Beiträge auf. Darunter figurieren mit größeren Beiträgen: Berlin und Umgegend 56 484,45 Mk., Hamburg 30 463,29 Mk., Vornwärts 170 682,90 Mk., Vornwärts-Buchhandlung 50 000 Mk., „Wahrer Jakob“, „Neue Zeit“ und „Gleichheit“ 54 367,28 Mark.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder eine verpuffte Staatsaktion. Das Schöffengericht Berlin, Mitte, sprach nach mehr als siebenstündiger Verhandlung den Obersten a. D. Saedke von der Anklage der unbefugten Führung des Oberstenstels frei. Sämtliche Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last. Der Verhandlung wohnten der Generalstaatsanwalt Dr. Wachler, Oberstaatsanwalt Dr. Jienbickel und im Auftrage des Kriegsministeriums der Geheime Kriegsrat Dr. Komen bei.

Unglaubliche Vorgänge in dem Kölner Gefängnis brachte eine Gerichtsverhandlung zu Tage, in der 12 Verurteilten wegen Verletzung angeklagt sind. Die Aufseher weiteten um die Gunst der bessergestellten Gefangenen und vermittelten Geschenke der Angehörigen, die sie durchweg für sich behielten. Ein Zeuge, der monatelang im Gefängnis gewohnt hatte, bekundete, er habe eine Nacht in Uniform Dienst verrichtet, während die Aufseher in seiner Zelle schliefen. Die Aufseher standen mit den Gefangenen auf dem Duzfuß und nahmen mit ihnen an festlichen Gelagen teil. Alle Angeklagten wurden freigesprochen, weil erwiesen war, daß die Aufseher die Gefangenen verführt hatten.

Die Leiden eines Lehrers mit politisch nicht erlaubter Meinung. In dem mittelfränkischen Dorfe Kobach lebt ein Volksschullehrer in verweiltem Kampfe mit den liberalen Gebietern der Schule: dem Bezirksamt und dem protestantischen Pastor, welche Faktoren zusammen die Distriktschulinspektion und somit die Vorgesetzten des Lehrers bilden. Der Lehrer — Müller in seinem Namen — hat den großen Fehler, im Gegenjag zu seinen Gebietern nicht liberal zu sein; er gehört dem Bayerischen Bauernbund an. Diesen Fehler des „Untergebenen“ könnten seine Gebieter aber schließlich noch verschmerzen, wenn „der Herr“ nicht die „Freiheit“ besitzen würde, wirklich liberal zu sein, trotzdem er in politischen Versammlungen die offiziellen Liberalen bekämpft und zwar aus dem Grunde bekämpft, weil er die Liberalen als das Gegenteil von liberal hat kennen lernen müssen! Der „inoffizielle“ liberale Lehrer hat im März v. J. angesichts der herannahenden bayerischen Landtagswahl in einer Versammlungsrede vor Bauern u. a. gesagt, daß die Kinder in der Schule zu viel Biblische Geschichte auswendig lernen müßten, wodurch die Ausbildung in anderen, für das praktische Leben nützlichen Lehrfächern schwer beeinträchtigt würde. An die Konstatierung dieser Tatsache knüpfte der Lehrer die Bemerkung, daß der Geistesfreiheit scheinend daran gelegen sei, die Bauern in der Dummheit zu erhalten. Diese ganz allgemein gehaltenen Worte wurden dem Lehrer zum Verhängnis, denn durch den überwachenden Gendarmen bekam die Distriktschulbehörde davon Kenntnis und die Folge dieses taktlosen Verhaltens eines Untergebenen gegenüber seinem Vorgesetzten, dem Pfarrer Haas, war ein auf dem Disziplinarweg erteilter Verweis mit Eintrag in die Qualifikationsliste des Lehrers. Außerdem ermahnten dem Lehrer aus diesem Disziplinarverfahren 37 Mk. Kosten. In einer zweiten Bauernbundsversammlung gab der wegen seiner liberalen Anschauung von seinen liberalen Vorgesetzten disziplinierte Lehrer von dem Vorfall Kenntnis, und außerdem verwertete der Bauernbundsredakteur Anton Memminger die Sache in seiner „N. B. Landesztg.“. Das trug dem „untergebenen“ Lehrer einen zweiten disziplinarischen Verweis ein. Bemerkenswert bei der Sache ist, daß der Pfarrer als Ankläger bei der wiederholten Disziplinierung des Untergebenen auch zugleich als Richter mitwirkte. Mit dem zweiten Verweis wurde dem Lehrer die Geschichte doch endlich zu

dumm. Unter Beobachtung der gleichen „Gefälligkeitsformeln“, die man ihm, dem Untergebenen, gegenüber gebrauchte, reichte er an die Regierung von Mittel-franken Beschwerde ein. Durch die Art der Abfassung der Beschwerde fühlte sich der Bezirksamtmann und der Pfarrer als Einzelpersonen. Ferner beide zusammen als Disziplinschulbehörde und endlich auch noch das Bezirksamt als solches beleidigt. Es lagen also vier Strafanträge von zwei Personen in ein und demselben Sache vor. In der Verhandlung am 1. März im Gericht Neu-stadt a. M. schenkte der Bezirksamtmann, also der „Untergebene“ des angeblich beleidigten Bezirksamtmanns, die Anklage: er beantragte gegen den „Untergebenen“ seines Chefs die Suspendierung von vier Monaten Gefängnis! Das Urteil lautete aber bloß auf 100 Mark Geld-strafe. Der Lehrer legte Berufung ein, weil er unter Verweigerung des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht freigesprochen wurde, der Anwalt legte Berufung ein, weil der „Schulmeister“ nicht gehörig eingesperrt werden soll. Die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht in Nürnberg gestaltete sich recht interessant. Dem liberalen Pfarrer Daas genügte der liberale Ankläger des Staates nicht, er trat in dieser Verhandlung im Gegensatz zu früher nicht als Zeuge, sondern als Mit-Ankläger auf und brachte als weiteren Ankläger gegen den wegen seiner wirtlich liberalen Anschauung wie ihm in Konflikt geratenen „Untergebenen“ auch noch den Vorsitzenden des national-liberalen Vereins in Nürnberg, den Rechts-anwalt Bauer, mit Ein als Sachverständiger ver-nommener Lehrer aus Nürnberg erklärte, wenn dem an-gelagten Lehrer zugemutet wird, in hundert Stunden pro Jahr 83 biblische Geschichten „durchzuhalten“, so sei das entschieden zu viel. Es sei ein großer Irrtum, zu glauben, die Religiosität des Kindes werde dadurch vermehrt, daß man möglichst viel biblische Geschichten und Sprüche in die Köpfe einpaukt. Das sei lediglich eine Gedächtnisübung, und die religiösen Erbauungsstunden würden dadurch zu gefährlicheren Trübsunden. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung bemerkte man der Innere Sinnlichkeit, daß nur der Pfarrer Daas der „gehörige“ Vorgesetzte des unter-gebenen Lehrers sei. Gegen diesen Verdacht glaubte sich der Herr Bezirksamtmann aber wehren zu müssen, indem er er-klärte, er sei nur alle in deshalb gegen die Straf-verurteilung des Lehrers gemeint, weil die Verurteilung des Lehrers einen Vorteil für diesen bedeuten würde, denn ein schlechteres Meß als das Kopfbuch gebe es für den Lehrer gar nicht. Ferner wurde in der Verhandlung gegen den Willen des Pfarrers ein von diesem an das Bezirksamt gerichteter längeres Schreiben vorgelesen, das alles, nur nicht den christlichen Geist der Liebe und Duldsamkeit, atmet und das von direkten Beleidigungen gegen den Lehrer nicht frei ist. Trotzdem ließ der liberale Pfarrer durch seinen liberalen Anwalt das Gericht um eine Freiheits-strafe für den Lehrer bitten. Der Staatsanwalt erklärte, daß er zwar den Antrag des Anwalts in der Vorinstanz, der auf 4 Monate laute, für zu hoch halte — auch eine Selbstenheit! — jedoch eine Freiheitsstrafe für den Lehrer am Platz; er beantrage 6 Wochen Haft. Der Verteidiger, Ge-nosse Dr. Schöberl, erklärte die Leiden, die der Lehrer mit wirtlich liberalen Anschauungen von seinen angeblich liberalen Vorgesetzten zu erdulden habe, und beantragte unter Berufung auf § 193 Freisprechung, denn eine Be-schwerde gegen Ungerechtigkeiten oder vermeintliche Ungerech-tigkeiten der Vorgesetzten sei ohne Angriffe auf jene nicht denkbar und zudem sei aus Form und Umständen die Ab-sicht der Beleidigung nicht zu erkennen. (Es handelte sich um Worte, wie „das ist das Gegenteil von mir“, „es fehlt dem Bezirksamtmann wesentliche Eigenschaften“, der Schöberl 3 des Disziplinardisziplins enthält eine „Eigenschaft“ um.) Das Urteil vernahm beide Berufungen. Es bleibt also bei der Geldstrafe von 100 Mark. Dieser Fall ist zur Beurteilung unserer heutigen Liberalen sehr wert-voll. Er zeigt aber auch, wie den Schreibern das Recht der freien Überzeugung und vollständigen Beurlaubung genom-men wird, wie sie niedrigerungen werden, wenn sie wirtlich liberale Anschauungen zum Ausdruck bringen, niedrigerungen von den nämlichen Liberalen, die vor den Wahlen, aber auch nur vor den Wahlen, sich dem Volke als einzige Ver-mittler der Kultur empfohlen, in der Praxis aber mit dem Schwert und Dummheit in der Hand in Hand gehen in dem Streben, dem Volke die Religion, recht viel Religion zu erhalten! Wer man bei diesen Vorgängen auch befreit, seine politische Seite abspalten und nur die eigentlich beklä-gende Beschwerde als Objekt der Verhandlung gelten zu lassen, so vermehren die „Vorgesetzten“ des „Untergebe-nen“ nicht zu verhindern, der Geistliche des Liberalismus ein hübsches Momentbild einzunehmen und den Dummheit unserer Schulen und die größte Feindschaft der deutschen Staatsbürger unter sich in begründeter Weise zu zeigen.

der „Gelben“ wurde, jahrelang im Gefängnis gefesselt, und zwar wegen Straftaten, die man kurzweg als Zuhälterei zu bezeichnen pflegt. Diese Stütze der herrschenden Ordnung hatte der Ortsbeamte des Bäckerverbandes in einem Flug-blatt als Zuhälter bezeichnet. Darauf stellte der Altgeselle Strafantrag. Und der Staatsanwalt erhob — im öffentlichen Interesse Anklage wegen Beleidigung gegen den rucklosen Verbändler. Vor dem Breslauer Schöffengericht wurde fest-gestellt, daß der Altgeselle, für dessen Ehre der Staatsanwalt eintrat, wegen Kuppelerei, Erpreßung und Bedrohung 2 1/2 Jahre im Gefängnis gefesselt und noch außerdem verschiedene Male wegen anderer Taten Freiheitsstrafen zu verbüßen hatte. Als er gewählt war als Altgeselle, protestierten die Verbändler dagegen, allein der Magistrat wollte den „roten“ Verbändler nicht recht geben, sondern erklärte die Strafe und den Ehrverlust als verjährt! Gefragt, ob er nicht außerdem noch einige Strafen abgehört, verweigerte der Herr Altgeselle die Antwort. Die Ehre dieser Ordnungsfürsorge steht dem Bres-lauer Staatsanwalt hoch genug, im öffentlichen Interesse Klage auf Reparatur der durch die erwähnte Beleidigung vermeintlich verletzten Ehre zu erheben. Das Breslauer Ge-richt verurteilte tatsächlich den respektlosen Verbändler zu 40 Mk. Geldstrafe. Außerdem soll durch Veröffentlichung des Urteilsnotens in der „Deutschen Bäckerzeitung“ der Ruhm des ehrbaren Altgesellen aller Welt kund werden. Ja, das Gericht erklärte sogar, es hätte den Beleidiger dieses Mühlmannes ins Gefängnis gesteckt, wenn er nicht das Glück gehabt hätte, als völlig Unbescholtener in den Gerichts-saal zu kommen!

Aus Nah und Fern.

Entflohen. Den „Posener Neuesten Nachrichten“ wird aus Gnesen gemeldet: Unter dem Verdacht, die Kindermorde in Berlin verübt zu haben, wurde kürzlich der Schächter Kowksi aus Hohenalza in einem Berliner Bier-keller verhaftet und zur Beobachtung seines Geisteszustandes nach der Irrenanstalt bei Zwickau bei Gnesen gebracht. Kowksi ist, nachdem er schon wiederholt Ausbrüche versucht hatte, aus der Anstalt entflohen. Der Flüchtling trug Anwaltskleider.

Die Polizei gegen die sozialistische Jugend. Wolffs Bureau meldet aus Breslau: In einer Sitzung der sozia-listischen freien Jugendorganisation Breslau beschlag-nahmte die Polizei alle ihr erreichbaren Lieberbücher für die arbeitende Jugend, deren Herausgeber Peter Berlin wegen Aufreizung zum Klassenhaß ange-klagt wird, begangen mittels eines Liebes: „Die Arbeits-männer“ von Johann Hoff. — Es ist ja auch wichtiger für die Breslauer Polizei, harmlose Veranstaltungen der ar-beitenden Jugend zu fördern, als den polizeilichen Hand-abhacker zu suchen.

Im Straßberger Eisenbahnunglück teilt der Eisen-bahn-Direktionspräsident Krüger-Bromberg der „Ostpreussischen Rundschau“ mit, daß die Darstellung des Fabrikbesizers Leimbrod-Kopitz, das Unglück sei auf leichtfertige Geleise-ausführungen zurückzuführen, ganz unzutreffend sei. Das Geleise habe schon sechs Wochen vor dem Anfall einen neuen, schweren Oberbau erhalten und sei seitdem einwand-frei befahren worden. Die Schienen wären unter sich und mit Schwellen vorwärtsmäßig verbunden gewesen; die losen Leichen hätten von dem alten Oberbau hergerührt.

Die Cholera. Die Frau des Arbeiters Bergmann von der Fischerei in Culm, die unter choleraverdächti-gen Erscheinungen erkrankt war, ist bald darauf gestor-ben. Die Leichenteile werden im bakteriologischen Institut zu Berlin untersucht, ob es sich um Cholera handelt hat. Der Ehemann und die beiden Kinder der Verstorbenen sind zur Beobachtung in das Krankenhaus gebracht. Die in dem Bergmannschen Hause wohnenden Schüler sind bis auf wei-teres vom Schulbesuch befreit. Die Militärverwaltung hat zur Verhütung einer Einschleppung der Seuche in die Ka-jerne den Soldaten das Betreten der Fischerei und den Ge-nuß angekochten Weines verboten.

Ein Tunnelsturz in der Rheinprovinz. Im dritten Tunnel der Rheinbahn bei Hunsrückbahn bei Dopy-nard in abnormals ein großer Felssturz erfolgt. Der ganze Tunnel ist bis auf eine kleine Öffnung zugeschlammert worden. Glücklicherweise waren zur Zeit des Einsturzes keine Arbeiter im Tunnel.

Christliches. In einer am Sonntag in Bochum ab-gehaltenen Alten-Verammlung des christlichen Gewerk-verbands wurde der Zentrumsabgeordnete und frühere Vor-sitzende des christlichen Gewerksvereins, August Bruff, aus dem Saal hinausgewiesen. Bruff hatte in seiner „Emscher-Sippe-Zeitung“ in einem Artikel die christlichen Alten angegriffen, unbeschadet um das Geschrei der „roten Brüder“ das Stimm anzunehmen.

Mord? In Hemmerde (Prov. Westfalen) wurde die Leiche eines Gläubigers gefunden. Sie wurde ge-naulich beschlagnahmt und die Obduktion angeordnet, da ein Verbrechen vorliegt.

Erision. Aus Gumbach (Oberhessen) wird ge-meldet: Der Landwirt Schlant fand eine sogenannte Blah-

patrone, steckte sie in seinem Hof in den Boden und brachte sie durch Aufschlagen mit einem Hammer zu Explosion. Der Holzpfropfen drang Schlant in den Unterleib. Der Verunglückte wurde nach Sieben in ein Klinik gebracht. In seinem Aufkommen wird gewarnt. Das in der Nähe stehende sechsjährige Töchterchen Schlant wurde leicht verletzt.

Schweres Unglück. Die Frau des Tierhändlers Arno aus Mainz wollte in Bingen im Mainzer Personenzug in einen anderen Wagen umsteigen, als sich der Zug gerade in Bewegung setzte. Die Frau verlor das Gleichgewicht und stürzte unter die Räder, die sie entsetzlich zer-malmten. Die Unglückliche, die beim Transport nach dem Hospital verstarb, hinterläßt sechs Kinder im Alter von 7—Jahren.

Die Brandkatastrophe in Raab. Wie aus Budapest gemeldet wird, konnte der furchtbare Brand in der Wachs-dampfmühle in Raab erst Dienstag in später Nachtstun-locakaliert werden. Die Mühle ist vollständig vernichtet. Der Schaden an Gebäuden und Vorräten beträgt etwa zwei Millionen. Jetzt werden schreckliche Einzelheiten über die Panik unter den unglücklichen, in der brennenden Mühle eingeschlossenen Arbeitern bekannt. Die Zahl der Toten hat bisher nicht vergrößert. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt etwa 60, von denen voraussichtlich noch einer sterben die meisten Krüppel bleiben dürften. 30 Arbeiter werden no-immer vernichtet. Die Hauptursache dafür, daß die Katastrophe solche Dimensionen annahm, ist wohl die schlechte Ausrüstung der Feuerwehr. Es soll Brandstiftung vorliegen.

Der Stier ist los. Der „Morning Leader“ meldet aus Madrid, daß sich am Sonntag in Ampuero (Provinz Cantaber) ein großes Unglück ereignete. Während eines Stierkampfes stürzte das aus Holz gebaute Amphitheater ein. Auf den Bänken saßen Hunderte von Zuschauern, die mit in die Tiefe gerissen wurden. Der Stier, ganz toll vor Angst, rannte gegen die Zuschauer, wodurch die Panik noch größer wurde. Schließlich tötete der Toro den Stier. Zehn Personen büßten ihr Leben ein und gegen zweihundert erlitten Verletzungen, teilweise ernste Natur.

Der mysteriöse Leichenfund bei Nizza, über den wir berichteten, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Die drei Leichen sind rekonstruiert worden. Es handelt sich um die Familie des deutschen Kaufmanns Westphal aus Hannover, der, in seinen letzten Hoffnungen getäuscht, seine Frau sein vierjähriges blindes Töchterchen und sich selbst durch Schüsse tötete.

Welchen Wert Estäden in Berlin haben, läßt die Tatsache erkennen, daß der Inhaber einer bekannten Zigarrenfirma für den von ihm erst im November v. J. in dem Neubau der Firma Mitscher u. Casparz, Ecke König- und Klosterstraße, bezogenen Laden den Vereinigten Tabak-Zeitungen zufolge jetzt von der Kommerz- und Diskontobank eine Abstandssumme von 50 000 Mk. erhält, um jenen Laden am 1. Januar 1908 zu räumen. Ein anstehendes Pensionsvertrag erhält gleichzeitig für Aufgabe seines daneben gelegenen Ladens 10 000 Mk. von der genannten Bank, die in den freierwerbenden Räumen eine neue Depo-sitenkasse eröffnen wird.

Das versinkende Donauwasser. Von der oberen Donau wird berichtet: Der bei dem württembergischen Städtchen Fridingen (Zuttlingen) am 26. v. M. in der Versinkungsstellen der Donau mit Uraninfall gemachte Fä-rbungsversuch hatte folgendes überraschende Ergebnis: Am 4. September, nach zirka 200 Stunden, kam in Nachtopf das grünesfarbte Wasser zum Vorschein. Die Nach bis zum Bodensee hin ist wunderbar schön grün gefärbt. Das bei Fridingen versickerte Donauwasser geht also wie das bei Immendingen versickende der Hegauer Aach zu. Das war bisher unbekannt. Die Donauversinkungsfrage, die der badischen und württembergischen Regierung schon so viele Kopfschmerzen machte, ist durch das unerwartete Resultat der Fridinger Färbungsversuche, die also auf württembergischem Gebiete stattfanden, in ein anderes Stadium gerückt und einer befriedigenden Lösung vielleicht näher, als man vor Monaten geglaubt hat.

Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft (Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag: Berlin NW. 6, Charitestraße 3, Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiter-verbandes. Preis für das Einzelheft 10 Pfg., Probehefte kostenfrei), ist soeben das 11. Heft 5. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: August Müller: Wir müssen aus dem Turm heraus. — Heinrich Wehler: Die Pressebewegung. — Professor August Forel: Alkoholfrage und Arbeiterbewegung. — Dr. Arnold Politzer: Alkoholfrage und Sozialdemokratie. — Gewerkschaftliche Umschau. — Mag. Engh: Der blinde Passagier. (Schluß.) — Glossen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co., sämtlich in Lübeck.

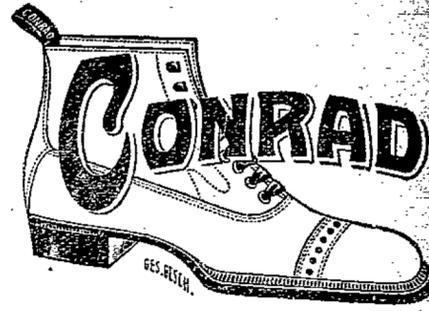
Thea
C. Wiechert, Frau und Kinder.
Ein leeres reiz. Zimmer
Monatlich werden ca. 25 000 Mark

Allerfeinste Tafelbutter, eigenes Fabrikat
per Pfund Mk. 1.30.
Feinste Butter, per Pfd. Mk. 1.15
Auf Wunsch frei ins Haus.
Zentral-Molkerei Klostod.
Verkaufsstellen: Breitenstraße 11 u. Moisinger Allee 2a.

Bares Geld
verdient, wer bei den Mitgliedern des Rabatt-Spar-vereins Faberka kauft, denn der Rabatt wird sofort bar oder in Rabattmarken gegeben.
Monatlich werden ca. 25 000 Mark
von mehreren Mitgliedern als Rabatt ausbezahlt.

Grundstück mit gutgehender Kundschaf-tischerei unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Offerten u. O. B. a. L. Exp.
Piano, neu einjährig, Nr. 110, Edison-Mischen-Phonograph, m. 70 Walz-Preis Mk. 140. Mauer 57 II L, bei der Mühlenstraße.
Junge Kanarien-Weibchen, Stck. 60 Pf.
Warendorferstr. 68 III.
Gute Zugänger
zu verk. Ernst Schmidt, Etwaldsdorf-Solms.
Mk. 50 von dem Überschuss des Gewerkschaftsfestes für die Erholungsstätte in Westloe erhalten zu haben, bescheinigt mit herzlichem Dank
Martha Kösing.
Fran Marie Schwarz
Schwemme wohnt Watenitzmauer 52.
Kopffleisch Leberwurst Brotwurst
sowie jeden Sonnabend
Warme Knackwurst.
Heinr. Viereck
Friedrichstraße 26.

Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.



Altteste u. bedeutendste **Schuhwaren Fabrik Deutschlands**,
welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält
Verkaufsgeschäft
Lübeck: Breitestrasse 17.

Wir eröffnen die Herbst- und Winter-Saison

mit einem **Spezial-Angebot** unserer **weltberühmten Fabrikate!**

Beispielsweise empfehlen wir in soliden Qualitäten und modernsten Formen:

Herren-Schnür-Stiefel	kräftig	450 Mk.
Herren-Schnür- u. Schnallen-Stiefel	echt Boxhorse, elegant	765 Mk.
Herren-Schnür-Stiefel	echt Boxcalf, konkurrenzlos	865 Mk.
Herren-Schnür-Stiefel	echt Chevreaux, letzte Mode	950 Mk.
Herren-Schaft-Stiefel	bewährte Qualitäten	8.90 7.50 680 Mk.
Damen-Schnür-Stiefel	mit und ohne Lackkappe, chic	590 Mk.
Damen-Schnür-Stiefel	echt Boxcalf, ohne Konkurrenz	690 Mk.
Damen-Spangen-Schuhe	Ja Rossleder, extra starke Haus- und Strassenschuhe	295 Mk.
Damen-Leder-Hausschuhe	rot und schwarz, kräftige Ledersohle u. Absatzfleck	245 Mk.

Knaben- u. Mädchen-Schul-Stiefel	22/24 215 Mk. 25-26 275 Mk. 27/30 325 Mk. 31/35 375 Mk.
Damen-Melton-Pantoffel	in hübschen Farben, mit Filz- sohle 88 Pfg. u. 58 Pfg.
Damen-Filz-Pantoffel	mit Plüschfussung, Filz- u. Lino- leum-Sohle 98 Pfg.
Plüsch-Pantoffel	mit kräftiger Ledersohle für Herren 88 Pfg. Damen 68 Pfg.

Herren- und Damen-Stiefel
aus vorzüglichem Material, streng moderne Fassons
„Original-Goodyear-Welt“
1050
unerreicht 1050 Mk. in dieser Preislage!

Beachten Sie die staunend billigen Preise in unseren Schaufenstern!

Prima Schweinefleisch	à Pfd. 70 Pfg.	Geräucherte Mettwurst	à Pfd. 1 Mk.
Queckfleisch	- - 65 -	Mortadella	- - 1 -
Kalb- u. Kalbfleisch	- - 50, 60 -	Gekochte Mettwurst	- - 88 Pfg.
Hammelfleisch	- - 80 -	Leberwurst	- - 80 -
Gehacktes	- - 80 -	Braunschweiger	- - 60 -
Flomen	- - 70 -	Sülze	- - 60 -
Karbonade	- - 80 -		

Sonnabend von 5 Uhr an: **Warme Knaekwurst**
empfehlen **Schlachtereier und Wurstmacherei**
Julius Strohsfeldt, Meierstrasse 13.
Von anfang Oktober an: **Hansastraße 39a.**
Filiale: **Dornestrasse 34a.** **Markthallenstand 26.**

Konsumverein für Stockelsdorf u. Umgeg. (E. G. m. b. H.)

Aktiva		Bilanz am 30. April 1907		Passiva	
An Kassenbestand	M.	M.	ℳ	Per Mitglied-Guthaben	M.
Warenbestand	1333 70	1333 70		Spareinlagen	1968 98
diverse Debitoren	3849 60	3849 60		Zinsen do.	354 87
ein Debitor	1077 88	1077 88		Zinsen do.	26 78
Faktagen	686 01	686 01		nach zu zahlende	
Papierlager	133 92	133 92		Zinsen	59 58
Wechselgeld	88 23	88 23		Hausanteile	705 -
Geschäftsanteil beim Stockels- dorf. Kreditverein	235 60	235 60		Zinsen do.	35 25
Grundstücks-Konto	134 85	134 85		Kreditoren	4121 17
Abschreibung 3%	8361,35	250,84		Hypotheken-Konto	7500 -
Juvenar-Konto 1905/06	1462,53	8110 51		Kautions-Konto	1100 -
Abschreibung 15%	219,37			nach zu zahlende Un- kosten	87 04
	1243,16			Sterbefonds	60 -
	137,15			Reservefonds	453 02
Angeschaff. Juvenar 1906/07		1380 31		Reingewinn	1757 33
im vorausgezählte Miete		56 66			
Anteil b. d. Gr.-Einkaufs-Ges.		33 70			
Kautions-Konto		1100 00			
		18229 02			

Der Vorstand: H. Fick E. Gerhardt. H. Martens
Vorstehende Bilanz ist mit den Büchern und Belegen verglichen und richtig befunden worden
Stockelsdorf, den 21. August 1906.
Der Aufsichtsrat: E. Koch. O. Nickel. F. Evers.
Mitglieder-Bewegung:
Bestand am 1. Mai 1906 128
Eingetreten sind 15 143
Ausgeschieden durch Wegzug 4
Aufsündigung 8 12
Bestand am 30. April 1907 131
Die Gesamtsumme betrug am 30. April 1907 Mk. 3330.-

Auf Kredit

Möbel 1
Abz. Mk.

Anzüge 1
Abz. Mk.

Betten 1
Abz. Mk.

Damen-Konfektion,

Teppiche, Portiären, Gardinen, Tischdecken,
Sport- und Kinderwagen.

H. Kesten, untere Johannisstr. 70, I.

Alle Kunden ohne Anzahlung.

Wiederum gelangen große Partien Käse zum billigen Verkauf.

10 Pfund gute Birnen	55 Pfg.	10 Pfund gr. Buerregris	75
10 gute Perlinge	35	5 Buerregris	10
7 Meiereibutter	Pfund 1,15 Mk.	Alle Kolonialwaren billig wie bekannt.	

Otto Burckhardt, Hürstraße 42.

Verlangen Sie bitte Rabattmarken.

Oeffentliche Buchbinder-Versammlung

am Sonnabend, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Gasthaus „Zum Holsteinischen Hause“, Mariesgrube 22.

Tages-Ordnung:

Wie verbessern wir unsere Lage?

Referent: Gauvorsitzender Söckens-Hamburg.
Zu dieser Versammlung sind alle in Buchbindereien, Buchdruck- reien und Kartonagen-Fabriken beschäftigten Buchbinder, Arbeiter und Arbeiterinnen freundlichst eingeladen. Nicht aller Kollegen es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Louis Levy's Arbeiter-Garderoben

Klingenberg 5

Klingenberg 5



sind die besten!

Ihren u. Goldwaren
Trauringe, 333 u. 585 gef.,
anerkannt billig bei
Ernst Gentsen
Uhren, Königsstr. 62, b. d. Süßstr.
Gebe rote Nabatmatten.
Empfehle meine
5 und 6 Pfg.-Zigarren
sowie Lübecker und Nordhäuser Kolltabak.
W. Wulff, Schlumacherstraße 37.

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber
Die Druckerrol des Lbh. Volksboten

Kartoffeln

Heute abend wird eine Wagenladung
beste Sonnenburger und Meisenburger
Gekochten für mich ein und empfehle
von morgen, Sonnabend, früh an

Gierkartoffeln 100 Pfd. 1.- Mk.
Zahl 60 Pfg.
Mag. bon. 100 Pfd. 2.50 Mk.
Zahl 10 Pfg.

Für Wiederverkäufer
billiger.
Karl Voss
nur Holtenstraße 6.



Neue Sommerfang- und Majes-Ferlinge

Jede feine Fisch- und Seezucht, Siedel-
Küchengeräte empfohlen
Fischhalle „Hansa“
Fischmarkt 33. Marktallende 104.
Telefon 1392. Neue Nabatmatten.

Erdelöle Meiereibutter

(Erdöl) Pfd. 1.15 Mk.
Prima medlenburger Speck
fett und mager Pfd. 85 Pfg.

Karl Sab
Königsstr. 74. bei der Süßstr. 2

Erhalten Sie und Genießen Sie sie und
erschaffen Sie sie bei

Friedr. Schultz
Engelstraße 2.
Bourse gr. 10 Pfd. 10 Pfd.
10 Pfd. 10 Pfd. 10 Pfd. 10 Pfd.
10 Pfd. 10 Pfd. 10 Pfd. 10 Pfd.

Scherma's Reisehandbuch

für moderne Arbeiter.
Mit einer Karte u. einer Reisekarte
- Preis 1.50 Mk. -

Er bezieht durch die
Verlagsanstalt von Friedr. Meyer & Co.
Johannstraße 44.

Möbel
Betten
Sofas
Garnituren
Tische
Stühle
Spiegel
auf
Credit.



Herren-
Damen-
Kinder-
Garderoben
Kleiderstoffe
Leinenwaren
Wäsche
auf
Credit.

denn:

Credit-Haus S. Sachs ist das älteste in Lübeck.
Credit-Haus S. Sachs ist das größte in Lübeck.
Credit-Haus S. Sachs ist das kulanteste in Lübeck.
Credit-Haus S. Sachs hat größte Auswahl in Lübeck.
Credit-Haus S. Sachs d. größte Kundenzahl in Lübeck.
Credit-Haus S. Sachs gibt alten Kunden Ware ohne Anzahlung.
Credit-Haus S. Sachs kann jeder Kunde die Ratenzahlungen ganz nach
seinem Einkommen selbst bestimmen.

Credit-Haus S. Sachs nimmt größte Rücksicht b. Krankheit u. Arbeitslosigkeit

Wöchentliche
Abzahlung
von
1 Mark
an

Kundenzahl: Ca. 4500.
Stammhaus gegründet 1858.
S. Sachs Huxstr. 41.

Wöchentliche
Abzahlung
von
1 Mark
an

Morgen Sonnabend empfehle

in gewohnter guter Qualität:

Leberwurst, das Pfd. 60 Pfg.

Preßkopf, " " 60 "

Kresswurst, " " 60 "

ferner prima Kopffleisch, Brot- u. Grützwurst.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik.

August Scheere.

Detail-Geschäfte:

Holtenstraße 19.

Breitestraße 44.

Fernsprecher Nr. 8972.

Fernsprecher Nr. 8974.

Mühlenstraße 20.

Süßstraße 22-24.

Fernsprecher Nr. 8975.

Fernsprecher Nr. 8977.

Heute, Sonnabend:

Eine große Partie ger. Mettwurst, sehr schön,
per Pfund nur 80 Pfg.

Preßkopf ... 60 Pf. Leberwurst ... 60 Pf.

Branschweig. 60 Pf. gek. Mettw. III. 70 Pf.

ff. Brot- und Grützwurst.

Ganz besonders empfehle meine

prima Aufschnittwaren.

W. C. Koeppke

Wurst- und Fleischwarenfabrik.

Klingenberg 2-4.

Süßstraße 6.

Telefon 1393.

Telefon 333.

E. W. Fischhandel

Huxstr. 30. Telefon 115.

Mühle Königsstr. 21. Gute Mehlwaren.

Täglich frisch gebackene warme Brötchen.

Salzbraten, Salz, große Schellfische, See-

lachs, Heringe, Sals Pfd. 1.20 Mk.

Meinbergstraße 46.

Sonnabend wird große Partie Speck für:

Leberwurst, Pfd. 5 Pfg.

Preßkopf Pfd. 5 Pfg.

Speck in ganzen Stücken Pfd. nur 10

Pfg., im Abzug Pfd. 12 Pfg.

Leberwurst Pfd. nur 15 Pfg., im Abzug

ebenfalls nur 15 Pfg.

Lebende Aale u. Schleie.

Birnen

Pfund 5 Pfg., 10 Pfund 40 Pfg.

J. Peters, Dornestr. 32a.

Empfehle

jämliche Fleisch- u. Wurst-
waren in bester Qualität.

Von 5 Uhr an:

ff. heiße Knackwurst,
Oscar Keil

Meinbergstr. u. Marktstraße elektr. Betr.
Schwarzenbergstr. 65, Ecke Westhofstr.
Fernsprecher 1447.

Hausfrau kaufe billig.

Bloßchokolade Pfd. 75 Pfg.
Sagomehl " 20 "
Kartoffelmehl " 15 "
Weizenmehl " 15 "

Fettwaren-Abteilung.

Fetten und mageren Speck Pfd. 80 Pfg.
Kornschbief " 90 "
Schmalz " 60 "
Neutralfine (Pflanzenbutter) " 55 "
Feinste Margarine " 70 "
do " 2 " 135 "

Käse-Abteilung.

Pa. Schweizerkäse Pfd. 85 Pfg.
Pa. Holländer Käse " 85 "
Tilfiter Wollfett " 60 "
4 alte Sarzer " 10 "
12 Sommerfang-Seringe " 55 "
Magdeb. Sauerfohl " 6 "

Ed. Speck, Süßstr. 80 u. 82.

Empfehle:

Prima Queenfleisch Pfd. 60 Pfg.
" fettes Rindfleisch " 60 "
" Gehacktes " 70 "
" Kalbfleisch " 55 "
" Schweinefleisch " 70 "
" Karbonade " 80 "

sowie geräuch. Mettwurst " 100 "
Leberwurst " 80 "
gekochte Mettwurst " 80 "
sowie prima fettes Hammelfleisch.

Sonnabend warme Knackwürste.

Willy Stapelfeldt,

Reiferstraße 26, Ecke Warendorfstraße.

Prima fettes Rindfleisch Pfd. 70 Pfd.
Schweinefleisch " 70 "
Karbonade " 80 "
Kalbfleisch " 60 "
Fetten und mageren Speck " 80 "
Gekochte und Leberwurst " 80 "

ff. Aufschnitt.

Jeden Sonnabend: Heiße Knackwurst
empfehle

F. Peters,

Ecke Glandorp- und Waienhofstraße.

Prima fetten Speck per Pfd. 75 Pfg.
bei Abnahme von 4 Pfd. per Pfd. 70 Pfg.

Prima mager. Speck per Pfd. 80 Pfg.
bei Abnahme von 4 Pfd. per Pfd. 75 Pfg.

Prima weißes Schmalz per Pfd. 70 Pfg.

M. Lahrtz, Götterstr. 16.

Empfehle in besonders guter Qualität:

Pr. fettes Suppenfleisch Pfd. 70 Pf.
" Schweinefleisch " 70 "
" Kalbfleisch von " 50 an

Prima Kuhheute " 50 Pfg.

" bestes weißes Schmalz " 80 "

" Bratenfischmalz " 40 "

Sämtliche Wurstsorten.

ff. Aufschnitt Pfund 1.20 Mk.

Jeden Sonnabend:

ff. Mochturtle-Ragout und
warme Knackwurst.

E. Hinrichs, Lünenhagen 3,

Schlachtere u. Wurstmacherei
mit elektrischem Betrieb.

Pr. Schweinefleisch . . 70 Pfg.

- Karbonade . . . 80 -

- Kopf und Bein . . 20 -

- Suppenfleisch . . 60 -

- Kalbfleisch . . . 50 -

- Fetten u. mag. Speck 80 -

- Weißes Schmalz . 70 -

sowie sämtliche Wurstsorten.

Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:

Heiße Knackwurst.

Hans Werk,

W. Strohheldt Nachf.

Glockengießerstraße 73.

Jeden Sonnabend:

Heiße Knackwurst.

H. Spangenberg

Schlachtere u. Wurstfabrik u. elektr. Betr.

Schwarzenbergstr. 59 Ecke Ludwigstr.

Kronsbeeren,
täglich frisch, Bahn- und Postverkauf.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Bericht

Über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Rechte.

Infolge der Auflösung fielen alle Vorlagen aus dem alten Tagungsabschnitte sowie auch aus der Herbstsession. Es waren dies die Maß- und Gewichtsordnung, ein Automobilschuldengesetz, eine Novelle zum Versicherungsvertrag, der Entwurf über den Kontingentsfuß der landwirtschaftlichen Brennerien, die Vogelerschutznovelle, der Entwurf über die gewerblichen Berufsvereine, die beiden südwestafrikanischen Nachtragsetats, der Reichshaushaltetat für 1907, die Börsennovelle, der Entwurf über die Sicherung der Bauforderungen und die dem Reichstag vor der Auflösung zugegangenen Rechnungen und Denkschriften. Ebenso blieben alle von den Parteien eingereichten Initiativanträge unerledigt.

Polizei im Reichstag.

Im Verlauf der an die Erzbergerischen Enthüllungen anschließenden Gerichtsverfahren hatte die Untersuchungs- und Polizeibehörde auf dem Umweg einer privaten Verständigung mit dem Abgeordneten Erzberger sich Zutritt zu den Räumen des Reichstages zu verschaffen gemüht, um dort das Buß Erzbergers zu durchleuchten. Diefem Verfahren hatte der Direktor am Reichstag, Geheimrat Jungheim, prinzipiellen Widerspruch entgegengestellt und sofort eine Entscheidung des Reichstagspräsidenten eingeholt. Reichstagspräsident Graf Ballestrem hatte hierauf eine vom ganzen Reichstag einseitig gebilligte Verfügung erlassen, wonach in Zukunft auf keinen Fall der Untersuchungs- oder Polizeibehörde der Zutritt in das Reichstagsgebäude ohne ausdrückliche und in jedem einzelnen Falle besonders nachzusuchende Genehmigung des Präsidenten zu gestatten sei. Ohne diese Genehmigung darf das Reichstagspersonal nur der direkten Gewalt weichen und hat sofort die Intervention des Reichstagskanzlers gegen gewaltsamen Eintritt solcher Personen anzurufen.

Die mit dieser Frage zusammenhängende Frage der Immunität der Reichstagsabgeordneten wurde vor der Auflösung nicht mehr behandelt.

Aufruf der Fraktion.

Unmittelbar nach der Verkündigung der Reichstagsauflösung trat die sozialdemokratische Fraktion zu einer letzten Sitzung zusammen und beschloß, den Wahlkampf durch einen programmatischen Aufruf an die Wähler zu eröffnen, der in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ vom 16. Dezember 1906 erschien.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Berichtes, den Gang des Wahlkampfes, seine Neben- und Folgeerscheinungen im allgemeinen zu schildern, das ist vielmehr einem besonderen Punkte der Tagesordnung vorbehalten. Hier haben wir uns auf folgende Feststellung zu beschränken: Als der Reichstag aufgelöst wurde, zählte die Fraktion 77 Mitglieder. Ein Mandat war durch den Tod unseres Kollegen August Dreßbach erledigt, die Neuwahl war noch nicht vollzogen worden. Zu den neuen Reichstag trat die Fraktion in einer Stärke von 43 Mitgliedern ein.

Die Stärke der einzelnen Fraktionen im Reichstag nach den Wahlen zeigt folgende Zusammenstellung:

Fraktion der Deutsch-Konservativen	62 Mitglieder
Reichspartei	24
Reformpartei	6
Wirtschaftlichen Vereinigung	19
des Zentrums	105
der Polen	20
Nationalliberalen	55
Freisinnige Vereinigung	14
Deutsche freisinnige Volkspartei	27
Volkspartei	7
Fraktion der Sozialdemokraten	43
Bei keiner Fraktion	15

Zusammen 397 Mitglieder

Die Regierung besitzt jetzt eine doppelte Majorität: Konservativ und Liberal und Konservativ und Zentrum; war früher keine Mehrheit ohne das Zentrum zu gestalten, so wird jetzt in der Regel keine Mehrheit ohne die Konser-

vativen gebildet. Die Wahlen von 1903 hatten für die Sozialdemokraten und den Liberalismus zusammen 54,1 Proz. aller abgegebenen Stimmen und 170 Abgeordnete ergeben; im Jahre 1907 haben dieselben Parteien zwar ebenfalls 54,1 Proz. der Stimmen aufgebracht, aber nur 154 Sitze gewonnen.

Wenn auch der erhebliche Stimmengewinn, den die Sozialdemokratie unter den ungünstigsten Wahlverhältnissen erreicht hatte, im Hinblick auf die Gesamtlage der sozialistischen Bewegung den Ausgang der diesmaligen Reichstagswahlen nicht als Niederlage erscheinen läßt, so hat doch im Hinblick auf die parlamentarische Betätigung im Reichstag der Rückgang der Mandatziffer eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Im alten Reichstag stand die Sozialdemokratie nach der Ziffer ihrer Abgeordneten an zweiter Stelle, wurde nur vom Zentrum übertroffen; im neuen Reichstag gehen ihr die Fraktionen des Zentrums, der Konservativen, der Nationalliberalen und der vereinigten freisinnigen Parteien voran. Die unmittelbare Folge ist eine ungünstigere Platzierung unserer Vertreter in der Rednerliste und eine schwächere Vertretung in den Kommissionen; statt früher 5, unter Umständen auch 6 Vertreter in den 28gliedrigen Kommissionen zu besitzen, haben wir ihrer jetzt nur noch 3; im annähernd gleichen Verhältnis sind wir bei der Besetzung anderer Kommissionen beteiligt.

Präsidentium.

Bei der Präsidentenwahl — um das vorwegzunehmen — verließ der Block der Regierungsparteien gegen das in letzter Zeit eingeführte parlamentarische Verfahren, den Präsidenten aus den Reihen der stärksten Fraktion zu entnehmen. Die konservativ-liberalen Gepaarten hatten sich darauf geeinigt, den Grafen zu Stolberg-Wernigerode und die Herren Paasche und Kaempf mit dem Präsidentium zu betrauen. Bei dem Wahlgange für den ersten Präsidenten stimmte die sozialdemokratische Fraktion, die sich durch den bisherigen Gebrauch für gebunden erachtete, für den Präsidialkandidaten des Zentrums, Abgeordneten Dr. Spahn; bei dem Wahlgang für die Vizepräsidenten gab sie weiße Zettel ab. Der Präsident Graf Stolberg wurde mit 214 von 393 gültigen Stimmen gewählt, eine Zahl, die sich bei Herrn Kaempf auf 205 herabminderte.

Prinzipienerklärungen.

Herr Kaempf bekräftigte im Laufe der Verhandlungen immer wieder, daß die Liberalen in den Parlamentspräsidenten durch besondere Schneidigkeit sich auszeichnen verstehen. In einem Konflikt mit unserem Genossen Lebehour wagte er sich aber doch allzu weit vor und holte sich infolge dessen eine empfindliche Niederlage. Das Haus, dem er die Frage unterbreitet hatte, ob Lebehour nach zweimaligem Ordnungsruf weiter sprechen sollte oder nicht, bejahte in seiner Mehrheit diese Frage; sogar einige engere Parteigenossen des eifrigen Herrn stimmten gegen ihn. Unter diesen Umständen mußte er aus dem Präsidentium ausscheiden, wurde dann allerdings vom Regierungsblock wiedergewählt. (4. und 7. Mai 1907.)

Der neue Reichstag wurde mit einer Thronrede eröffnet, die im Bülowstil den Ausgang der Wahlen behandelte und die dem neuen Reichstag vorzulegenden Gesetzentwürfe aufzählte. Einem Flugblatt des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie konnte der Satz entnommen sein, der von der Sozialdemokratie handelt, und lautet: „Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die alles bestehende Gute und Lebensfähige verneinend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwicklung ist. Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutz der wirtschaftlichen Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Seine Gesetzgebung beruht auf dem Grundgedanken der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind

entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen.“ Die Verbächtigung, daß die sozialdemokratische Partei sich zwar für die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen ausgabe, aber tatsächlich nichts für die Arbeiter geleistet, ja vielen für die Arbeiter wichtigen Gesetzen Schwierigkeiten bereitet habe, war in dem vorausgehenden Wahlkampfe tausendmal gegen die Sozialdemokratie geschleudert worden. Nun tauchte sie in der Thronrede wieder auf, und wenige Tage später machte der Reichskanzler im Reichstage sie zum Mittelpunkt einer programmatischen Erörterung. Er warf in einer Polemik gegen das Zentrum der Sozialdemokratie vor, daß sie alles in den Schuhen ziehe, was Christen heilig sei. Es sei deshalb ein schweres moralisches Unrecht, mit einer solchen Partei zusammen zu gehen; solange die Sozialdemokratie auf ihrem gegenwärtigen Standpunkt der Lobschuldigkeit gegen den nationalen Staat und die bürgerliche Gesellschaft verharre, solange sollten Wahlbündnisse nur zwischen den bürgerlichen Parteien möglich sein. Die Niederlage der Sozialdemokratie sei — so sagte er weiter — wohl verdient wegen ihres engherzigen, dogmatischen, philiströsen Geistes, der blind gegen alle anders Denkenden wütere; weil sie trotz allem Gerede von Kulturhöhe an der Schwelle des 20. Jahrhunderts eine Unterdrückung ausübe, ein Zwangssystem betätige, eine Gewinnungsschnüffelerei betreibe, ein geistiges Joch vorbereite, wie es die Welt kaum im Mittelalter gesehen habe. Auch den „guten Ton in allen Lebenslagen“ habe die sozialdemokratische Partei mehrfach vermiesen lassen, weshalb ihr eine Niederlage gebührt habe. Bei dieser Gelegenheit passierte es dem Reichskanzler, daß er eine unerleumderte Notiz der „Frankfurter Zeitung“ gegen unsere dortigen Vertrauensmann Wilhelm Dittmann mit Emphase vorlas, zu deren Berichtigung er sich nachher wochenlang Zeit nahm. Die Niederlage der Sozialdemokratie sei aber besonders wohlverdient gewesen, so meinte Bülow, weil die Partei eine „böde Verneinung“ und „Vergewaltigung“ betrieben habe. Es kamen dann noch einige Betrachtungen über die „unpatriotische Haltung“ der Sozialdemokratie, über das Verhältnis der Revisionisten zur Gesamtpartei und was dergleichen mehr.

Für die Sozialdemokratie ergriß B e e l das Wort. Wir müßten den zur Verfügung stehenden Raum allzu sehr überschreiten, wenn wir im einzelnen seine Darlegungen verfolgen wollten. Es kommt wesentlich auf seine prinzipiellen Erklärungen an, die wir in folgenden Sätzen finden:

„Nach der Thronrede soll die Sozialdemokratie Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwicklung bekämpfen. Wir untergraben die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Meine Herren, sind wir imstande, mit unserer Agitation diese Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, so ist das ein Beweis, daß diese Staats- und Gesellschaftsordnung sehr wenig wert ist.“

Eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die gut ist, die den allgemeinen Volksbedürfnissen entspricht, kann nicht untergraben werden. Das Untergraben an sich aber ist die Tätigkeit jeder Partei, die Bestehendes beseitigen, und Neues an seine Stelle setzen will. Selbst Sie, meine Herren (nach rechts), haben eine untergrabende Tätigkeit auf Staat und Gesellschaft ausgeübt; alle Bestrebungen, die jetzt darauf gerichtet sind, die Gesetzgebung im konservativen Sinne zu ändern, sie sind eine untergrabende Tätigkeit, sie sind darauf gerichtet, Bestehendes unhaltbar zu machen in der öffentlichen Meinung. Neues, nach Ihrer Meinung Besseres, an seine Stelle zu setzen. Umgekehrt wollen wir überall, wo es möglich ist, Gutes schaffen, indem wir Neues, Lebensfähiges ins Leben rufen, das Alte, Abgestorbene beseitigen. Das ist vom ersten Augenblick an die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Reichstag gewesen. In all den Jahren, in denen die Sozialdemokratie in diesem Reichstag sitzt, hat sie nie einen Antrag eingebracht, von dem man behaupten könnte, er richte sich gegen die Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.“

Nein, nicht ein einziger! Beweisen Sie es mir! Alle unsere Anträge waren darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu verbessern, Schlechtes zu beseitigen, unhaltbar Gewordenes auszuweichen, Lebenskräftiges an die Stelle zu setzen.“

Bergfahrten.

Reisebriefe von Ph. S. G. Heidemann. (Nachdruck verboten.)

Na, ein „Geibter“ war ich damals gewiß nicht, denn außer dem Herzogstand und dem Wendelstein, 1730 und 1840 Meter hoch, hatte ich noch keinen Gipfel „bezungen“. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Ich machte damals den Aufstieg und es ging verhältnismäßig gut. Ich habe den Bergführer, der mich an einer glatten Felsenwand anseilen wollte, schön angehaucht. Und Edelweiß konnte ich sogar pflücken: fünf Blumen! Und ein ganzes Rudel Gemsen sah ich. Na, der Stolz!

Ich erwähnte bereits die Seigenmacher in Mittenwald. Diese Arbeiter müssen sich mit wirklichen Hungerlöhnen durchschlagen. Bei zwölf- und mehrstündiger Arbeitszeit verdienen sie täglich zwischen 1,20 und 2 Mark! Dabei müssen sie peinlich saubere Arbeit liefern. Ihre „Verleger“, wie die Herren Seigenkapitalisten genannt werden, wissen außerdem noch an ihren Arbeitern zu verdienen: sie handeln mit Kolonialwaren und die Arbeiter glauben sich verpflichtet, einen Teil ihres Lohnes sofort wieder in Waren bei ihren Herren „Verlegern“ umsetzen zu müssen. Die Lebenshaltung dieser Arbeiter ist eine mehr als dürftige, und wenn sie nicht alle ihre eigene Hütte, eine Kuh oder mindestens eine Ziege hätten, so könnten sie direkt Hunger leiden. Überhaupt hat in diesem weltentlegenen Orte, der vier Stunden von der nächsten Eisenbahnstation entfernt liegt, der Kapitalismus seinen gezeitigt, die einmal eingehend studiert werden sollten. Junge Nationalökonomien, denen es für ihre Doktorarbeiten an geeignetem Stoff fehlt, sollten einige Zeit nach Mittenwald gehen, da finden sie Rohmaterial in Hülle und Fülle.

Es würde viel zu weit führen, wenn ich auch nur die schönsten kleineren Bergtouren, die man von Mittenwald aus unternehmen kann — die meisten sind ganzlich gefahrlos — hier schildern wollte. Wohin man auch steigen mag, auf den Kranzopf (1588 Meter), auf den Kranzberg (1391 Meter), oder auf die Beretinsalpe (1406 Meter), überall hat man die schönsten Ausblicke. Als ein recht lohnender Vormittags-

ausflug erwies sich mir der Weg über die Kälberalpe und den Ochsenboden, den ich in den früheren Jahren stets als anscheinend gar zu harmlos links liegen ließ. Leider. Die Tour war geradezu herrlich. Auf der Kälberalpe, die ich nach gut einundeinhalbstündigem Aufstieg bereits erreichte, hatte ich günstige Gelegenheit, eine Alm recht gründlich durchzumustern.

Eine kleine Holzhütte. Ungefähr sechs Meter lang, vier Meter breit und zweiundeinhalb Meter hoch. Der Eingang ganz niedrig, so daß ich mich beim Eintritt sehr höflich verneigen mußte. Links in der Ecke war die Feuerung, nämlich ein Loch im Boden, das mit Steinen umlegt war. Auf eisernen Stäben stand ein großer Topf. Neben diesem Herd war eine Bank angebracht. Den ganzen übrigen Teil des Raumes nahmen die „Betten“ in Anspruch. Betten heißt in diesem Falle: etwas über dem Fußboden ist ein nach hinten aufsteigendes Holzgerüst angebracht, eine etwa drei bis vier Meter breite Plattform. Auf dieser liegt Neu, das mit alten Pferdebedecken überdeckt ist; neben einander lagen dann vier Kopfkissen — das war das Lager für Mann, Frau und vier Kinder. Unsichtbar sind mir die Zudecken geblieben.

Auf dem Weitermarsch nach dem Ochsenboden zu kam ich schließlich über sehr interessante Bergpfade in eine Geröllhalde des Karwendels und nur etwas hundert Meter vom Bude ab erkannte ich eine mit ungefähr zwei Meter dicker Schneedecke ausgefüllte kolossale Felspalte. Selbstverständlich machte ich nun einen kleinen Abstecher vom Pfade und überkletterte das Steingeröll, bis ich nach ungefähr 10 Minuten am untergänglichen Schnee war. So leicht bin ich nie zuvor im Gebirge an Schnee gekommen wie hier. In fast unmittelbarer Nähe gab es Alpenrosen (Stamper) und Berggämnicht in Hülle und Fülle. Sie Sonne brannte enorm, ich war erhitzt, und warf unvorsichtigerweise den Hut zur Erde, als ich mein Brot und einige Äpfel verzehrte. Ich Alte es bitter bereuen, daß ich den Hut nicht auf dem Kopfe behalten hatte: ich hatte mir binnen zehn Minuten die Kopfhaut total verbrannt. Als ich heimkam, sah ich die Beschädigung: die Glase war zinnoberrötlich. Anders Tags schmerzhaftes Jucken und einen weiteren Tag später konnte ich anfangen, mich allmählich zu kaltpieren. In lauter kleinen Segen mußte ich die Haut vom Kopfe ziehen. Das ist mir

nun schon zweimal passiert. Hoffentlich bleibt's dabei, ich gehe durchaus nicht darnach, das Bergnügen zum dritten Male zu genießen.

Zu einem Abstecher nach Junsbrud, der Hauptstadt Tirols, fehlte mir heuer die Zeit. Aber Scharnig, die erste Tiroler Grenzstadt, wollte ich wenigstens schnell aufsuchen, schon des süßigen Tirolers wegen, den es dort gibt. In kaum einer Stunde erreicht man von Mittenwald aus die bayrisch-tirolische Grenze; der Weg führt stets an der Jiar aufwärts. Die Grenze ist reichlich mit Grenzpfählen gekennzeichnet. Da sind folgende Schilder zu lesen:

1. Zollstraße zum Kgl. Nebenjollamt 1. Klasse Mittenwald.
2. Zollstraße zum K. K. Nebenjollamt 2. Klasse in Scharnig.
3. K. K. Finanzwache. Abteilung Scharnig.
4. Königreich Bayern.
5. Kaisertum Österreich. Gefürstete Grafschaft Tirol. Bezirkshauptmannschaft Junsbrud. Gerichtsbezirk Zelfs.

Bersteht sich, daß auf den Hauptschildern der bayrische Löwe und der österreichische Ruckuck mit seinen zwei Köpfen gar majestätisch aufgemalt sind.

Den reisenden Handwerksburschen, die aus Tirol kommend, an dieser Stelle den bayrischen Boden betreten, wird an besonderer Tafel folgendes „Grüß Gott!“ zugerufen:

„Verneigungssituation aufgehoben: Betteln und Landstreichen werden nach § 361 des R.-Str.-G.-B. bestraft. Kgl. Bezirksamt Garmisch.“

Drüben aber guckt der Wetterstein heraus und macht sich lustig über diese Polizeimeisheit, wie ein leibhaftiger Kaffee, der später mit mir in Mittenwald einmarschierte und sofort im Hause neben der Grenzwahe „Kommando schob“, d. h. bettelte.

Schon kurz vor der Grenze sind die überbleibsel alter römischer Grenzbefestigungen zu erkennen, die von wahrhaft riesigen Dimensionen gewesen sein müssen. Noch im dreißigjährigen Kriege sind diese Befestigungen des Scharnigpasses — römisch: Porta Claudia — von einer großen Bedeutung gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

Flucht eines internationalen Hochstaplers. Der berühmteste internationale Hochstapler Joseph Czapek, der im Januar dieses Jahres auf dem Transport von der Grenzstation Herzberge bei Berlin nach einem Prager Sanatorium entwich, später aber in Wien wieder ergriffen wurde, ist abermals aus der Landesirrenanstalt in Prag entkommen. Czapek, der nach seiner Verurteilung in Deutschland und nach der Internierung in Herzberge zur weiteren Untersuchung seines Geisteszustandes der Landesirrenanstalt in Prag überwiesen worden war, wurde dort wegen seiner Gemeingefährlichkeit mit der größten Sorgfalt überwacht. Trotzdem gelang es ihm, in der vierten Morgenstunde zu entfliehen. Es verlautet, daß er den ihm zugewiesenen Wärter bestochen und sich von diesem die Schlüssel zu seiner Zelle verschafft hat. So gelangte er in der Dunkelheit unbemerkt in den Hof der Anstalt. Da ihm der Schlüssel zu dem großen Eingangstor nicht zur Verfügung stand, kletterte Czapek in der Nähe des kleinen Tores zu einem Fenster hinauf, zertrümmerte es und gelangte ins Freie. Vor der Ausführung seiner Flucht hat er sich die Legitimationspapiere eines Zellenwachters, eines Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, zu verschaffen gewußt. Czapek ist am 7. Oktober 1874 in Komotau geboren und pflegte sich für einen Ingenieur, für einen berühmten Elektrotechniker usw. auszugeben. Er hat zahlreiche Betrüge in Deutschland und in Auslande verübt; von der Verübung der gegen ihn erkannten Freiheitsstrafen ist er bisher durch geschickte Simulierung von Geisteskrankheit befreit gewesen. Sein letztes Debut in Deutschland gab er in Kottbus. Im Jahre 1899 wurde Czapek von der Strafkammer in Köln a. Rhein zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, kam dann aber, da er fernsimulierte, in das Hof St. Jürgen, wo er 1905 entwich. Damals bediente er sich bei seiner Hochstapeleien der Namen eines Ingenieurs Ernst Bergmann, Kaufmann Stoi und Thomas Edison.

Die Ermordung des Grafen Komarowski. Graf Komarowski, der in Venedig von einem jungen Russen namens Naumow durch Revolvergeschüsse schwer verletzt worden ist, ist an den Folgen des Mordanschlags gestorben. Das Dunkel, das über der Affäre bisher schwebte, scheint jetzt gelichtet zu sein. Die angebliche Braut des Grafen, Gräfin Marie Larnowsky, war aus Kiew in Wien eingetroffen, um von dort zu dem Grafen nach Venedig abzureisen. Sie wurde jedoch in Wien festgehalten, da die Polizei von ihr Aufklärungen über den Anschlag gegen das Leben des Grafen wünschte. Marie Larnowsky sagte aus: Sie sei die Braut des Grafen, der sie demnach heiraten wollte und für sie eine Versicherung auf eine halbe Million Franks abgeschlossen habe. Sie kennt den Mörder Naumow von Moskau her. Er bedrohte, wie sie meinte, aus Eifersucht den Grafen. Deshalb habe sie einen gewissen Zeiser, welcher eigentlich Prilutow heiße und Rechtsanwalt sei, aus Moskau nach Wien berufen, um ihn über den Grafen wachen zu lassen und ihn gegen Naumow zu schützen. Sie habe Prilutow Geld für die Werbung von Scheimagenten gegeben und sei dann nach Kiew zurückgekehrt, während Prilutow mit Detektives hinter dem Grafen her nach Venedig fuhr. Warum Prilutow mit einem falschen Bart auftrat, in verschiedenen Hotels wohnte und bei seiner Verhaftung heftig erschraf, kann sie nicht aufklären. Auch sagte sie nicht, daß sie in Wien mit Naumow verkehrt hatte. Die Telegramme an Prilutow, die diesen in Wien erwarteten, enthalten leidenschaftliche Liebeserklärungen der „Braut“ des Grafen für Prilutow. Bei den Verhandlungen mit der Versicherungsagentur war Marie Larnowsky stets zugegen. Anfangs enthielt der Vertrag nur die Bestimmung, daß der Betrag von einer halben Million Francs, im Falle der Graf sterben sollte, an Marie Larnowsky ausbezahlt sei. Sie bestand jedoch auf dem Zusatz, daß eine Änderung dieser Begünstigungsklausel nur mit ihrem Einverständnis vorgenommen werden könne. Wie nun heute aus Wien telegraphiert wird, legte der Advokat Prilutow ein Geständnis ab, daß der Mordanschlag auf den Grafen Komarowski von Frau Larnowsky ausgeht und daß Naumow die Rolle des blinden Wertgegenstandes spielte. Durch die Ermordung des Grafen wollten Frau Larnowsky und Prilutow in den Besitz der Versicherungssumme von 500.000 Frs. gelangen und dann einander heiraten. Marie Nikolajewna Gräfin Larnowsky steht im Alter von 28 Jahren. Sie wird als eine stattliche hohe Erscheinung von großer Schönheit geschildert. Sie entstammt dem alten irischen Adelsgeschlecht der O'Rurik, doch ist ihre Familie schon vor mehr als hundert Jahren aus Irland nach Rußland ausgewandert und die Gräfin selbst in Rußland geboren und erzogen. Gräfin Larnowsky ist der „Neuen Freien Presse“ zufolge eine geschiedene Frau. Ihr Gatte lebt in Rußland, und sie hat ihn im Jahre 1903 verlassen, als er im Jähzorn einen ihrer Freunde über den Haufen schob. — In der Mordaffäre Komarowski zu Venedig hat am 9. September, wie die „Wiener Neue Presse“ meldet, auch Frau Larnowsky im Polizeiverhör gestanden, daß sie den Anschlag auf den Grafen Komarowski im Verein mit dem Rechtsanwalt Prilutow eronnen hat.

Ein furchtbare Entdeckung auf der Jagd machen, wie dem „Hambg. Corresp.“ aus Paris in Ergänzung einer telegraphischen Meldung geschrieben wird, zwei Bürger aus Antibes am letzten Sonntag. Sie hatten sich ins Gras gesetzt, als ein im Dienst des Marquis de Panisse stehender Aufseher sie bat, ihm ihre Hunde zu leihen, da er seit einigen Tagen aus einem benachbarten, mit Geröll angefülltem Dachbett einen furchtbaren Berwesungsgeruch bemerkt habe. Man folgte den Hunden, die vor einem dichten Gebüsch stehen blieben. Als man durch dieses drang, bot sich den Jägern ein entsetzliches Schauspiel. Drei Leichname lagen auf dem Gras ausgebreitet; ein Mann, dessen Gesicht auf die Erde gedrückt war, eine Frau und ganz nahe dabei ein kleines Mädchen, dessen Gesicht unter einem Hüte verborgen war. Die Unglücklichen waren einfach, aber sauber gekleidet. Neben dem Leichnam des Mannes lag ein Revolver, dessen sämtliche Kugeln abgeschossen waren, während zu Füßen der toten Frau eine leere Flasche gefunden wurde. Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich um ein Familiendrama, und man glaubt zu der Annahme berechtigt zu sein, daß es sich um Deutsche handelt. Die Tragödie muß sich schon vor acht Tagen abgespielt haben, da die Leichen bereits in harte Verwesung übergegangen waren.

Ein Druckfehlerbold. Sie hatten sich durch die Zeitung kennen gelernt, auf der kurzen Hochzeitsreise aber gleich lieb gewonnen. (Das war auch die höchste Zeit!) Ihm war übrigens alles recht — nur nicht das Essen in den Gasthäusern. Als sie in ihrem Heim landeten, war sein erster Wunsch, ein von den Händen seiner Frau bereitetes Mittagessen zu genießen. Und das Mahl kam — aber es war kein Genuss! Er konnte das auch nicht überwinden und machte mit unwölkter Stirn die Bemerkung: „Ja, liebes Weibchen, in der Annonce, die uns zusammengeführt, las ich doch, Du hättest die Hochschule absolviert! Jitternd und bangend erwiderte die Frau: „Das war ein Druckfehler. Ich habe die Hochschule absolviert!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Der Etat des Reiches für das Rechnungsjahr 1907/08 ist in Einnahme und Ausgabe auf 2.665.073.427 Mk. festgelegt. Die Summen verteilen sich wie folgt:

Fortdauernde Ausgaben:		
	1907	1906
Reichstag	1.956.100 Mk.	765.100 Mk.
Reichskanzler	302.730	285.350
Auswärtiges Amt	16.874.482	16.352.942
Reichsamt des Innern	75.238.065	75.597.581
Reichsheer	638.067.926	620.878.205
Reichsmarine	120.946.181	112.902.233
Reichs-Justizverwaltung	2.417.690	2.355.546
Reichs-Militärgericht	573.461	771.651
Reichs-Schatzamt	281.206.732	254.006.235
Reichs-Kolonialamt	1.682.787	1.114.293
Reichs-Eisenbahnamt	490.300	425.420
Reichsschuld (Zinsen 135.792.000)	136.595.500	127.555.500
Pensionsfonds	103.642.532	98.420.307
Reichs-Zuwalldenfonds	36.662.792	36.661.988
Reichspost- und Telegraphenverwaltg.	511.589.911	471.846.745
Reichsdruckerei	6.298.315	5.983.860
Rechnungshof	1.019.382	1.027.510
Reichs-Eisenbahnverwaltung	88.676.790	81.847.260
Summa	2.624.880.557 Mk.	1.968.097.775 Mk.

Einmalige Ausgaben:		
	1907	1906
Auswärtiges Amt	590.850 Mk.	1.174.800 Mk.
Reichsamt des Innern	4.795.100	3.040.050
Post- und Telegraphenverwaltung	16.070.229	14.966.375
Reichsdruckerei	87.084	87.084
Reichsheer	169.029.951	87.521.672
Reichs-Militärgericht	892.320	13.000
Reichs-Marine	112.047.850	101.813.150
Reichs-Schatzamt	1.589.700	44.700
Reichs-Kolonialamt	19.750.056	19.219.179
Reichsschuld	852.000	—
Reichs-Eisenbahnverwaltung	6.384.120	6.722.000
Summa	272.118.860 Mk.	255.256.908 Mk.
Fortdauernde Ausgaben	2.624.880.557	1.908.097.775
Insgesamt	2.296.499.417 Mk.	2.153.354.678 Mk.

Einnahmen des Reichs:		
	1907	1906
Zölle	580.445.000 Mk.	560.700.000 Mk.
Zabaksteuer	11.197.000	10.856.000
Zigarettensteuer	11.473.000	4.600.000
Zuckersteuer	136.653.000	130.000.000
Salzsteuer	54.523.000	54.070.000
Branntweinsteuer	116.883.000	118.060.000
Champagnersteuer	4.939.000	4.596.000
Hiersteuer	51.744.000	35.316.000
Spieldatensteuern	1.694.770	1.642.000
Reichs-Kampel	14.418.000	12.618.000
Reichs-Kampelabgaben	86.525.670	87.864.000
Reichs-Kampelabgaben	13.720.000	—
Jahresartensteuer	45.080.000	—
Automobilsteuer	2.940.000	—
Landmaschinensteuer	9.800.000	—
Erdgassteuer	36.000.000	6.000.000
Staatliche Gebühr	1.329.000	1.197.000
Abfindungen an Zölle und Steuern	55.140	84.220
Post- und Telegraphenverwaltung	610.157.740	551.515.500
Reichsdruckerei	9.732.000	8.933.000
Reichs-Eisenbahnverwaltung	117.875.000	107.382.700
Panzertaxen	16.181.500	15.691.000
Verwaltungs-Einnahmen	40.412.533	40.733.676
Reichs-Standlösenfonds	39.828.797	46.715.151
Überschüsse aus früheren Jahren	426.300	329.400
Ausgleichsbeträge	22.980.936	20.356.183
Wartularbeiträge	259.411.011	257.744.845
Summa	2.296.499.417 Mk.	2.153.354.678 Mk.

Außerordentliche Einnahmen:		
	1907	1906
Fonds für Kleinwohnungen	206.800 Mk.	158.000 Mk.
Verkauf von Festungsgeländern	1.251.578	1.946.520
Spanische Expedition	956.112	630.277
Niederländische Vorarbeiten aus dem Festungsbauwerke	51.761	51.761
Kamppreis für die Partei der Verfassung I	500.000	500.000
Schuldlosiger Verz.	162.000	156.000
Severung der Reichs-Eisenbahn	358.270	—
Reichs-Eisenbahnverwaltung	335.000	—
Unfälle	264.782.389	239.088.815
Summa	265.547.010 Mk.	249.969.427 Mk.
Deutscher Reichstag	2.296.499.417	2.153.354.678
Summa	2.565.073.427 Mk.	2.397.324.105 Mk.

Rechnen wir diesen Etat einer Anberachtung derjenigen Posten, bei denen die Ausgaben durch die Betriebs-Einnahmen gedeckt sind, dann stellt sich im ordentlichen Etat die Ausgabe auf 1.497. Millionen Mark, die Ausgabe auf 1.497. Millionen Mark. Darin steht die Veranschlagung der Reichsschuld, die kein Bestehen von 3000 Millionen Mark im Jahre 1906 127 Millionen Mark ausmacht. Von den 1.497 Millionen Einnahmen waren für Heer und Marine 1.060 Millionen Mark bestimmt; dazu treten noch 115 Millionen für Kolonien, für Expedition nach Ostasien usw.

Da es von vornherein unmöglich war, in der kurzen Zeit zum Abschluß des Jahres 31. März den vorgelegten Etat in den drei Lesungen zu verabschieden, so wurde durch ein Gesetz die Regierung ermächtigt, zwei Monate lang Ausgaben auf Grund der Vorlage des Etats für 1906 zu tätigen. Im vorigen Notgesetz wurden aber außerdem eine Reihe von Korrekturen aus dem Etat für 1907, z. B. für Grundminderungsverträge, hinzugefügt. Außerdem wurden noch weniger als fünf Ergänzungen zum Etat neben den beiden von 1906 herübergenommenen Ergänzungsgesetzen gemacht. Dadurch gestaltete sich nämlich die Verteilung des Etats in diesem Jahre bedeutend unregelmäßig.

(Fortsetzung folgt.)

Die Stellung, die die Sozialdemokratie in der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung einnimmt, wird in klassischer Weise in der Vorrede zur ersten Ausgabe von Marx „Kapital“ zum Ausdruck gebracht. Dort heißt es in den wenigen Sätzen: Eine Nation soll und kann von der anderen lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist — und es ist der letzte Endzweck dieses Wertes, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen —, kann sie naturgemäße Entwicklungsgefahren nicht überspringen, noch wegdretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.

Das ist der Grundgedanke, von dem aus Marx sein großes wissenschaftliches Werk „Das Kapital“ begründete, und dies ist das Axiom unserer Tätigkeit seit 40 Jahren, die wir in diesem Deutschen Reichstage tätig sind. Unsere ganze Tätigkeit im Reichstage, in den Landtagen, in den Kommunen, kurz überall, wo unsere Vertreter zu Worte kommen, ist darauf gerichtet, die bestehenden Zustände zu ändern in dem Sinne, daß sie bessere, vernünftiger, gerechtere, kulturell höhere werden — und nicht das Gegenteil, was die Zehrer in dieser Beziehung uns gegenüber behauptet. Man hat die Wahlrechtsverfechtungen in Sachsen, in Hamburg, in Bremen, Lübeck usw. eingeführt, nicht weil man befürchtete, die Sozialdemokratie würde schlechtes, Unhaltbares, Lebensunfähiges einführen oder aufrechterhalten, sondern im Gegenteil, weil man befürchtete hat, sie würde das Schlechte und Unhaltbare bekämpfen und zu beseitigen trachten.

Die Furcht vor dieser reformierenden, organisierten Kulturarbeit ist es gewesen, die die feindliche Einstellung der Gesetzgebungsbehörden und der Regierung gegen uns hervorgerufen hat. Der Sozialismus ist in Wahrheit der Sauerteig, der die bürgerliche Gesellschaft vorwärts treibt. So haben wir nach allen Richtungen hin durch unsere Tätigkeit das getan, was man nennt „den Staat sanieren“, den Staat auf die Bahn des Fortschritts der Kulturentwicklung zu treiben. Wenn uns das nicht in dem Maße gelungen ist, wie wir es haben wollen, dann sind Sie, die Mitglieder des Reichstages, an diesem allen schuld und nicht wir! Wir haben von der Kulturentwicklung von den Aufgaben und Pflichten des Staates ganz andere und höhere Anschauungen als Sie, meine Herren vom Bürgertum.“ (Sitzb. Ber. vom 26. Febr. 1907. Seite 53 ff.)

Bei späterer Gelegenheit — in der Sitzung vom 1. März 1907 — ergänzte unser Genosse Singer diese Ausführungen Bebel's noch durch folgende programmatische Erklärung:

„Meine Herren, unsere Aufgabe hier im Hause bleibt auch den veränderten Verhältnissen gegenüber die alte: Kampf gegen alles, was kultur-, volks- und arbeiterfeindlich ist, für alles, was ernstlich und durchgreifend zur Hebung und Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterklasse sowie aller wirtschaftlich Schwachen im Reich dient und die freibürgerliche Entwicklung auf allen Gebieten des Volkslebens fördert.“

Das alles, meine Herren, im Dienste der uns durch unsere Grundzüge und Programme gestellten Aufgaben: an Stelle der herrschenden bürgerlich-kapitalistischen die sozialistische Gesellschaft zu schaffen.“

Und der dritte Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Generaldebatte zum Etat, Genosse Dr. David, dem wir wesentlichen die Vorrede zum „Kapital“ die Angriffe des Reichskanzlers zurückgewiesen und namentlich seine Behauptung ins rechte Licht zu stellen, die Sozialdemokratie sei eine lediglich regierende Partei, führte aus:

„Es ist schon von meinen Parteifreunden Bebel und Singer genügend nachgewiesen worden, daß unsere Tätigkeit hier im Reichstag ein fortgesetztes positives Schaffen gewesen ist: und wenn Sie jetzt eine neue soziale Reform einleiten wollen — Sie sagen es ja alle: wir sind gespannt, ob Sie es auch tun werden — so werden Sie nichts bringen können, was Sie nicht in den Annalen des Hauses finden, als von Sozialdemokraten beantragt, von Sozialdemokraten angeordnet und ausgeführt ist. Dinge, aus gibt es keine Sozialpolitik.“

Wir haben niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß wir unternimmt gewalttätige Entwürfe, gewalttätige Revolutionen zu machen oder herbeizuführen wollten; sondern wir haben jederzeit erklärt, was es uns in, so in uns der letzte Weg lieber, aber wir haben auch erklärt, wenn es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt, dann liegt die Schuld auf der anderen Seite. . . . Nicht unsere Kampfmethoden sind es, die unsere Kampfmethode — alles das macht es nicht aus; nein, gerade unsere Kampfmethode ist es, die Ihnen so unangenehm ist: unsere Gegenwartsarbeit, die Wirklichkeitsstellungen, die wir fortgesetzt von Ihnen verlangen, in allen Parlamenten, im Reichstage, in den Landtagen, in den kommunalen Versammlungen, die sind es, die die Sozialdemokratie zu unangenehmen Widersprüchen der Gegner macht, unangenehm für die Gegner, die durch diese Angriffe auf ihre Intelligenz, Ehrgeiz an Ihren Entkommen leben. . . . Wir haben als erste Forderung der modernen Weltbürger und Bürger, daß die heutigen Wähler unsere Politik zum vollen Ausmaß gründen werden. Die zweite Forderung lautet: Bildung für das ganze Volk. Das dritte ist: Die schnelle Minderung unserer Steuern.“

„Zusätzlich von dem in diesen Ausführungen niedergelegten Grundgedanken, daß die Sozialdemokratische Partei im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit zu neuen Reaktionen und Tat. Die Gewährung unserer politischen Forderungen heißt, daß ihre Aufgabe heute noch wichtiger als früher ist. Der Reichstagler heute als Verantwortung für die Wähler, Förderung der Wirtschaft und liberalen Geistes“ ausgesprochen. Durch die Gewährung nationaler Forderungen, durch die Veranschlagung des Finanzbudgets, durch mögliche Geldentwertung und möglicher Verengung des öffentlichen Anleihefonds hat es gelungen, die „Kammi der Reichsmittel“ an die Wähler zu bringen und so, wenn auch nicht das Zentrum, dem es gilt in jeder Sache der Kampf geben sollte, wohl aber der Sozialdemokratie eine Schärfe gegeben. Die parlamentarische Forderung kann nur eine partei Unbestimmtheit des liberalen Geistes sein. Diese Forderung der Verengung der Sozialdemokratie, welche der weiteren Vertiefung der Arbeiterbewegung zu Schaden und die Aufgaben einer allgemeinen Kulturpartei mit unermüdlicher Energie entgegen. Die parlamentarische Forderung heißt, daß in dem neuen System der Sozialdemokratie der neue Reichstag nur bestehen kann, daß man, was es ist, in der „Reichsmittel Zeitung“ vom 21. Jan 1907, auf beiden Seiten sich an die notwendigen rechtlichen Aufgaben bezieht und die parlamentarische Forderung und Verengung der öffentlichen Arbeit und heißt: „Reichsmittel Zeitung“ hat es nicht anders, als bei der Sozialdemokratie es möglich gemacht, diesen zu sein.“

Der Etat.
Der Etat für das Rechnungsjahr 1907/08 ist in Einnahme und Ausgabe auf 2.665.073.427 Mk. festgelegt. Die Summen verteilen sich wie folgt: